

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zwangspreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Ufermann
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rötterstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6303.

Anzeigengebühr
für die sechsgefaltete Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Reparationsleistungen, Unternehmergewinne und Lohnkürzungen

I.

Um 12 Uhr mittags übermittelte der Regierungsrat Leyer als Stellvertreter des abwesenden Staatssekretärs Bergmann der Reparationskommission 20 Stück Reichswchsel im Betrage von 200.000.000 Dollar.

Der Arbeitsmarkt in Westfalen und Lippe unterlag in der Berichtswache erheblichen Schwankungen. Die aus der Industrie eingegangenen Meldungen über Betriebsbeschränkungen und Arbeiterentlassungen deuten auf eine weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage hin. Als besonders stark müssen die Betriebsbeschränkungen in der metallverarbeitenden Industrie bezeichnet werden.

„Phönix“-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb. Die Gesellschaft hat 1200 Arbeitern ihres Düsseldorf-er Stahlwerks gekündigt.

Rabelwerk Rheing. Wie ein Privattelegramm meldet, soll das Unternehmen in dem mit dem laufenden Monat beendeten Geschäftsjahr 1920/21 wiederum günstig gearbeitet haben, so daß wieder mit der Ausschüttung einer Dividende von 40 Prozent auf das inzwischen auf 25 Mill. Mark erhöhte Aktienkapital zu rechnen sei. Es ist eine abermalige Erhöhung des Aktienkapitals geplant, wobei den Aktionären ein wertvolles Bezugsrecht eingeräumt werden soll. Der Umfang der Kapitalerhöhung und ebenso der Ausgabekurs der neuen Aktien, der aber ziemlich niedrig bemessen werden dürfte, stehen noch nicht fest.

Die Reparationsleistungen können nur erfüllt werden, wenn die hohen Löhne erheblich herabgesetzt werden.

Die hier verzeichneten Notizen fanden wir in der Presse an einem Tage. Sie geben ein Spiegelbild von den Verhältnissen, wie sie heute in Deutschland liegen. Die Reparationsleistungen an die Entente haben begonnen. Die ersten Zahlungen sind geleistet, weitere erhebliche Beträge müssen in kürzester Zeit flüssig gemacht werden. Das neue Reichskabinett pflegt lange Beratungen zur Ausfindigmachung neuer Steuerpläne. Zu derselben Zeit kündigen die Unternehmerverbände, namentlich in der Metallindustrie, die Lohnsätze und beantragen umfangreiche Lohnkürzungen. Daneben werden Verschlechterungen der Wirtschaftslage aus allen Teilen des Reiches gemeldet. Dabei ist beachtenswert, daß jetzt auch die Schwerindustrie im Rheinland und Westfalen mit Arbeiterentlassungen und Kürzungen der Arbeitszeit vorgeht. Alles in allem ein trübes Bild von den wirtschaftlichen Zuständen in Deutschland, worunter die Arbeiterschaft am meisten zu leiden haben wird.

Es wird angebracht sein, wieder einmal Untersuchungen vorzunehmen, ob die Misere des Wirtschaftslebens wirklich alle gleichmäßig trifft oder ob nicht gerade wegen diesem Glend eine Schicht der Bevölkerung ganz besonders gut dabei wegkommt. Wie in einem leichengefüllten Sumpfe die fettesten Male sich befinden, so leben auch in dem Sumpfe der kapitalistischen Wirtschaft, der mit Arbeiterleichen angefüllt ist, eine große Anzahl von Personen, die sich in demselben wirklich wohl fühlen und dabei nicht zu kurz kommen. Wir wollen deshalb einige Geschäftsabschlüsse der letzten Monate unter die Lupe nehmen und daran zeigen, wer in der Lage ist, zur Steuerleistung herangezogen zu werden und wo die „Löhne“ abgebaut werden können. Wir tun dies, selbst auf die Gefahr hin, von der Vergiftung Märktischen Zeitung als Ententefreunde hingestellt zu werden. Diese Zeitung schrieb nämlich in der Nr. 91:

... Die Schuld an den übertriebenen Forderungen trägt zu nicht geringem Teil die sozialdemokratische deutsche Arbeiterpresse, die sich nicht genug tun kann, die angeblich zu hohen Gewinne und Dividenden und die zu niedrigen Löhne breit zu treten. Dem Auslande sind derartige Äußerungen nur zu willkommen, da es damit seine Forderungen für die Wiedergutmachung begründen kann. Gut doch auch der französische Ministerpräsident Briand nicht verfehlt, sich dieser Argumente aus der Arbeiterpresse in seiner Antrittsrede zu bedienen.

Nach dem Baumeisterblatt zu urteilen, benutzen die Finanzleute der Entente bei der Verteilung der Finanzanlage Deutschlands in der Hauptsache die Arbeiterblätter, als wenn denen nicht andere und bessere Informationsquellen zur Verfügung ständen. Allerdings kann man Briand so sehr unrecht nicht geben, wenn er erklärt, daß die deutschen Finanzleute und Industriellen die Schwäche der deutschen Regierung als Wandbühnen benutzen, hinter dem sie sich und ihre Kunst verbergen. Zahlungsmöglichkeiten aufzutreiben. Die deutschen Kapitalisten haben in der Tat die Schwächen der früheren Regierungen als Wandbühnen benutzt, um Milliarden deutscher Vermögenswerte ins Ausland zu schieben und trotz allem Finanzjahren riesige Gewinne einzuharsten.

Bei allen Diskussionen um die industriellen Gewinne spielt die Frage der sogenannten Geldwerte eine große Rolle. In Nr. 2 der Metallarbeiter-Zeitung hatten wir in einer kurzen Bemerkung die Behauptung bestritten, daß das Aktienkapital der industriellen Gesellschaften aus Geldmangel bestände und so betrachtet werden müsse. Diese Bemerkung hat den Unternehmern — die in der Regel die Gewerkschaftsblätter viel besser verfolgen als die Arbeiter — nicht gefallen. Der Verband Pfälzischer Metallindustrieller hielt unseren Artikel für so wichtig, um in einem Rundschreiben darauf einzugehen, worin es hieß:

„Der Deutsche Metallarbeiter-Verband widmet der Dividendenfrage in seiner Presse dauernde Aufmerksamkeit. So schreibt die Metallarbeiter-Zeitung am 8. Januar 1921 (folgt unser Artikel). Wir lassen demgegenüber einen Artikel des früheren Reichsfinanzministers Gothein über das gleiche Thema nachfolgen, der vor kurzem im Berliner Tagblatt erschien und auch in Arbeiterkreisen verbreitet zu werden verdient.“

In dem Gotheinschen Artikel wurde die Berechtigung früherer Gewinne nachzuweisen versucht, weil das Aktienkapital als der Repräsentant von Geldwerten zu betrachten sei. Nach unserer Meinung kann das industrielle Kapital nur

dann Anspruch darauf erheben, als der nominelle Ausdruck von Geldwerten betrachtet zu werden, wenn bei gleichbleibender Fabrikanlage, Kapitalserhöhungen nur in dem Maße erfolgte, als das Welt-Geldgeld sich durch den Krieg verschlechterte. Dies ist nicht der Fall, wenn Kapitalserhöhungen in dem Ausmaß der letzten drei Jahren vor sich gingen. Wenn, um nur ein Beispiel zu nennen, die Daimler Motoren A.-G. ihr Aktienkapital von 1918 bis 1921 von acht auf 200 Millionen Mark, also um das 25fache, erhöhte, dann stellen entweder die 200 Millionen keine Goldwerte dar oder die Daimler Werke haben zur Täuschung der Öffentlichkeit bis 1918 das Aktienkapital absichtlich so niedrig gehalten, obwohl die Fabrikanlagen damals in demselben Umfange wie heute bestanden.

Allerdings, die Fabriken, Maschinen, Rohstoffe usw. sind Goldwerte, nur ist es nicht in allen Fällen richtig, daß diese Goldwerte im Aktienkapital zum Ausdruck kommen. Dieses Goldwertproblem spielt schon seit geraumer Zeit in den Verhandlungen der Handelspresse eine hervorragende Rolle, namentlich bei der Bewertung von Abschreibungen. Jeder, der die Abschlüsse der Unternehmungen der letzten Monate verfolgt, wird beobachten haben, daß entweder die Ziffern für das Abschreibungen ganz gewaltig in die Höhe gingen oder neue Konten mit der Bezeichnung Werkerhaltung, Werkerneuerung, Wertberichtigungskonto oder unter einer sonstigen Bezeichnung errichtet wurden. Die Unternehmer erklären höhere Abschreibungen nötig zu haben, da die Maschinen, Werkzeuge, Gebäude usw. teilweise noch in Friedenszeiten errichtet seien und die Erneuerung derselben ein Vielfaches gegenüber der damaligen Zeit kosten würden. Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten hat Leitsätze aufgestellt, worin er erklärt: „Die aus der Geldentwertung entstehenden Bewertungsziffern müssen bei der Bilanzstellung jeweils durch besondere Buchungen ausgeglichen werden.“ Im dritten Punkt der Richtlinien wird den Unternehmern folgender Weg empfohlen: „Zum Ausgleich der auf die Geldentwertung zurückzuführenden Fehler ist zurzeit für die Bemessung der Abschreibungen oder Erneuerungskosten, etwa für Maschinen ein 15- bis 20facher für Gebäude ein 20- bis 30facher Vorkriegspreis zugrunde zu legen.“

Analog diesen Richtlinien ist nun bei den Geschäftsabschlüssen verfahren worden. Doch vorher galt es noch einen Kampf mit der Steuerbehörde auszufechten, denn die Unternehmer stehen auf dem Standpunkt, daß diese Beträge vollständig steuerfrei sein müßten. Nachdem nun der Reichsfinanzhof in seinen Entscheidungen vom 11. Januar dieses Jahres den Unternehmern zugestanden hat, auf der Passivseite ein Wertberichtigungskonto zu errichten, selbst wenn der Gegenstand der Abschreibungen nur noch mit einer Mark unter den Aktiven aufgeführt wird, war das Signal gegeben, auf der Passivseite große Reserven anzuhäufen und eine weitgehende Möglichkeit zur Frisierung der Bilanzen zustande gekommen. Wir mußten diese einleitenden Worte bringen, um die folgenden Abschlüsse begreiflich zu machen.

Für den Ankunftsbericht brachte die „Frankf. Ztg.“ folgende Zusammenstellung:

(in Mill. Mark)	G.-Kapital	Vorzugs- u. d. g. Aktien	Brutto-Gewinn		Umsatzen		Abschreibungen		Reingewinn einschließlich Vortrag	
			1920	gegen 1919	1920	gegen 1919	1920	gegen 1919	1920	gegen 1919
Österr.	180	18	111,2	+ 59,7	30,2	+ 17,1	19,2	+ 9,7	64,5	+ 40,3
Bab. Anil.	180	18	194,2	+ 81,2	49,0	+ 23,9	90,0	+ 19,1	68,1	+ 38,6
Bayer.	180	18	99,7	+ 58,2	25,5	+ 16,5	9,1	+ 1,9	67,5	+ 38,4
Erceptow.	65	6,2	60,7	+ 55,8	26,6	+ 17,8	10,9	+ 5,1	23,7	+ 13,4
Griesheim.	45	4,5	41,9	+ 29,5	17,4	+ 10,2	7,3	+ 3,1	18,7	+ 10,3
W. u. Meier	16,8	1,7	24,0	+ 12,7	16,1	+ 7,3	1,5	+ 0,9	7,1	+ 4,4
Zus.	664,6	66,4	531,7	+ 269,1	104,8	+ 92,6	123,0	+ 33,6	249,6	+ 145,4

Generatorkonten sind vorweg geführt. * Abzüglich des Gesamtwerts der Zinsen. * Vorzug wurden 20 Millionen als Wertberichtigungskonto verbucht.

Der Bruttogewinn der sechs Eiswerke hat sich um nicht weniger als 269,1 auf 531,7 Millionen Mark erhöht. Die erheblichen Abschreibungen stellten sich auf 204 Millionen Mark. Diese Ziffer ist nur richtig zu bewerten, wenn man bedenkt, daß gewaltige Summen schon als Abschreibung referiert waren und Millionenwerte mit einer Mark zu Buch stehen. Die Dividende betrug 15 bis 20 Prozent. In den Reservefonds flossen 99 Mill.

Die Steinhilberbergwerke Vereinigte Peine und Amalthe, Essen, erzielten einen Betriebsgewinn von 5855312 Mill., wovon 27 Millionen zu Dividenden verwendet und 3,2 Millionen dem Abschreibungskonto zugeführt wurden, außerdem wurde ein Werkerhaltungskonto mit 1 Million Mark neu gebildet.

Die Halbkreis Kohlenwerke, Halle, erzielten einen Reingewinn von 4,2 Millionen (1,85 Millionen l. B.). Dabei waren auf ein Werkerneuerungskonto nicht weniger als 6,30 Millionen vorher abgesetzt. Das Konto Kassa- und Bankguthaben und deutsche Staatspapiere betrug 23 Millionen Mark.

Bei der Neuen Baumwollspinnerei in Wahrenitz fiel der Reingewinn auf das Vierfache des Aktienkapitals von 2,73 auf 16,84 Millionen, obwohl schon vorher für Werkerneuerung 3 Millionen abgesetzt wurden. Die Gesellschaft konnte sich gegen den Ansturm von diesen Riesengewinnen nicht durch retten, indem sie neben 20 Prozent Dividende den Aktionären abermals Gratiskonten schenkte, auf eine alte entfallen zwei neue.

J. Frerichs & Co. A.-G. in Eintraden (Ostf.). Des Geschäftsjahr 1920 erbrachte einen Reingewinn von 3230633 Mill. (1276512 Mill.), so daß nach insgesamt 2390830 Mill. (720933 Mill.) Abschreibungen ein Reingewinn von 921858 Mill. (658416 Mill.) verbleibt. Hieraus sollen 12 (10) Prozent Dividende verteilt dem Reservefonds 60000 Mill. (40000 Mill.), einem neu errichteten Werkerhaltungsfonds 1 Million Mill. überwiesen werden.

Bei der Augsburgener Kammgarnspinnerei belief sich der Überschuß auf 14,18 (1,91) Millionen, wovon nicht weniger als 10 Millionen einem Werkerhaltungskonto zugeführt wurden. Dividende und Bonus wurden mit 32 Prozent bemessen. Das Aktienkapital beträgt erst seit kurzem 6,5 Millionen.

Die Elektrochemischen Werke, G. u. M. B., erzielten einen Bruttogewinn von 10432785 Mill., nach 4,5 Millionen Mark Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 1840805 Mill.

Die Aktien des Eisenerzwerkes Thale waren schon immer ein bevorzugtes Kaufobjekt profitierender Aktionäre. Diese Hoffnungen wurden auch im verflossenen Jahre nicht betrogen. Bei einem Aktienkapital von 25 Millionen betrug der Reingewinn 84 Millionen (4,8 Mill.). Hieraus sollen 60 Prozent Dividende auf die alten und 40 Prozent auf die jungen Aktien zur Ausschüttung gelangen. 8 Millionen werden für Werkerhaltung und 6 Millionen für die Errichtung von Arbeiterwohnungen zurückgestellt. Damit nach außen der Schein gewahrt wird, sollen 5,5 Millionen für „soziale“ Zwecke bereitgestellt werden. Was dies für soziale Zwecke sind, wird natürlich nicht verraten. Wahrscheinlich wird das Geld dazu verwendet, um Arbeiter zu fördern und an den Betrieb zu fesseln.

Bei der C. Hofmann A.-G., Duisburg, schließt das Geschäftsjahr mit einem Reingewinn von 5245416 Mill. (im Vorjahr Verlust 223090 Mill.). Hieraus sollen 24 Prozent Dividende und 200 Mill. Bonus, also insgesamt 44 Prozent, verteilt werden.

Der Altm.-Neuefener Bergwerksverein berichtet über ein Geschäftsjahr von sechs Monaten. Danach wurden auf Kohlenkonto 18,268 Mill. Mill. (im vollen Geschäftsjahr 1919 9,405 Mill. Mill.) erzielt. Handlungskosten sind mit 0,568 Mill. Mill. (0,398), Amortisationen mit 0,812 Mill. Mill. (2,524), Vergütung der Arbeiter mit 5,861 Mill. Mill. (2,181), Zuerkennung zum Werkerhaltungskonto mit 4,000 Mill. Mill. (—) ausgewiesen. Es verbleibt ein Überschuß von 7,428 Mill. Mill. (5,283 für das volle Geschäftsjahr), aus dem 15 Prozent Dividende für ein halbes Jahr auf das von 10,5 auf 15 Mill. Mill. erhöhte Aktienkapital zur Ausschüttung gelangen sollen.

Von den 94 Millionen Betriebsgewinn der Grube Leopold, Odenk., gehen nicht weniger als 81,1 Millionen Betriebskosten ab. Was mag in diesem Konto alles gebucht sein? Die Vorräte werden nur mit 595185 Mill. ausgewiesen; eine lächerlich geringe Summe, hinter der sich sicher viele Millionen verbergen.

Reichsbank, Bad. Bergbau. Der Reingewinn beträgt nach 495817 Mill. (165087 Mill.) erhöhten Abschreibungen 8221288 Mill. (559148 Mill.), woraus 25 (20) Proz. Dividende und 25 (0) Proz. Bonus verteilt, 1,20 Millionen Mill. einem Werkerhaltungskonto zugeführt, 553454 Mill. einer Rücklage für Reparaturen zugewiesen und 181808 Mill. vorgezogen werden. Neben 1,70 Millionen Mill. Stamm erscheinen neu 0,20 Millionen Vorzugsaktien, über deren Eigenschaften nichts bekannt gegeben worden ist und die auch im Bericht nicht erwähnt sind.

Die Akt.-Ges. für Federstahlindustrie, vorm. Dietz & Co., Kassel hat ebenfalls ein gutes Jahr, soweit die Aktionäre und Vorstandsmitglieder in Frage kommen, hinter sich. Bei 8 Millionen Aktienkapital wurde ein Überschuß von 6,9 Mill. (2,2 Mill.) erzielt. Nach Abschreibungen usw. bleibt ein Reinüberschuß von 2,5 Mill. (1,1 Mill.). Dieser Überschuß würde sich noch um 1 Mill. Mill. die einen neugebildeten Werkerhaltungskonto zugeführt werden, erhöhen. Der Betrag ist aus früherer Zeit gehaltenen Rücklagen frei geworden. Die Verwaltung scheint einigermaßen Ruhe gehabt zu haben, die Gewinne in einer passablen Weise unterzubringen. Die Aktionäre erhalten 20 Prozent (15) Dividende und einen Bonus von 800 Mill. in 5prozentiger Reichsanleihe (100 Mill. Bonus), also zusammen eine Ausschüttung von 60 Prozent, die 1,810 Millionen Mill. (0,690) erfordern. An Aufsichtsrat, Vorstand und Prokuristen wird eine Prämie von 0,869 Millionen Mill. (0,181) ausgeschüttet — und überdies erfolgt für Vorstandsmitglieder eine Pensionzuweisung von 0,100 Millionen Mill. (—).

Reichs Metallfabriken A.-G., Finsterwalde. Die Dividende beträgt 40 (20) Prozent. Das Aktienkapital soll verdoppelt werden, die den Aktionären zu pari angeboten werden sollen. Die Aktionäre haben nur 30 Prozent einzuzahlen, der Rest wird der besonderen Rücklage entnommen. Denjenigen Aktionären, die innerhalb der festgesetzten Bezugsfrist von dem Bezugsrecht keinen Gebrauch machen, wird auf jede Aktie der Betrag von 700 Mill. durch die Deutsche Bank bar ausbezahlt.

Die Vereinigten Glasstoff-Fabriken A.-G. in Eberfeld verteilten in jedem der letzten drei Geschäftsjahre eine Dividende von 20 Prozent. Sie erforderte 1918 und 1919 bei einem Aktienkapital von 15 Mill. Mill.: 8 Mill. Mill. und 1920 bei einem auf 30 Mill. Mill. erhöhten Stammkapital: 6 Mill. Mill. Der ausgemessene Reingewinn aber stellte sich in den drei Jahren auf 4,8, 5,9 beziehungsweise 41,8 Mill. Mill., war also 1920 neunmal so hoch wie 1918. Bei gleichbleibender Dividende von 20 Prozent betrug der Reingewinn in den drei Jahren 81, 58 beziehungsweise 138 Prozent des Aktienkapitals. Hier sei noch erwähnt, daß die Vereinigten Glasstoff-Fabriken ihr Kraftanlagenkonto, Fabrikationsanlagenkonto, Robilitationskonto, Utenzilien- und Werkzeugkonto, Bahnanschluß- und Patentkonto auf insgesamt 15 Mill. abgeschrieben und darüber hinaus, ebenfalls aus dem Gewinn von 1920 ein Erneuerungskonto in Höhe von 80 Mill. Mill. gleich 100 Prozent des Aktienkapitals gebildet haben, das in dem ausgewiesenen Reingewinn von 41,8 Mill. Mill. nicht enthalten ist. Von anderer Seite ist denn auch der Mindest-Nettogewinn der Vereinigten Glasstoff-Fabriken auf 72,8 Mill. Mill. festgestellt worden: das wären 243 Prozent des Stammkapitals.

Die Berliner Holz-Kontor A.-G. verteilte in den letzten drei Jahren 14, 22 bzw. 30 Prozent Dividende (einschließlich Bonus). Das erforderte 1918 und 1919 bei einem Aktienkapital von 8 Mill. Mill. 840000 bzw. 1320000 Mill. und 1920 bei einem auf 9 Mill. Mill. erhöhten Aktienkapital 2700000 Mill. Der ausgewiesene Reingewinn aber stellte sich in den drei Jahren auf 1,1, 3,1 bzw. 13,6 Mill. Mill., war also 1920 achtmal so hoch wie 1918 und betrug in den drei Jahren 19, 52 bzw. 151 Prozent des Aktienkapitals.

Die A.-G. für chemische Industrie in Gelsenkirchen-Schafte verteilte in den letzten drei Jahren 16, 25 bzw. 75 Prozent Dividende (einschließlich Bonus). Das erforderte bei einem Aktienkapital von 3,5 Mill. Mill. 560000, 875000 bzw. 2625000 Mill. Der ausgewiesene Reingewinn aber stellte sich in den drei Jahren auf 1,0, 1,9 bzw. 5,7 Mill. Mill., war also 1920 sechsmal so hoch wie 1918 und betrug in den drei Jahren 28, 56 bzw. 162 Prozent des Aktienkapitals.

Der Gilde Sozialismus

Von Dr. Otto Neurath, Wien. (Schluß)

Wenn auch Cole die sozialistische Wirtschaft als ein System von Gilden vor sich sieht, so klingt bei ihm doch stark die Anschauung durch, daß die Gilden innerhalb der kapitalistischen Ordnung an die Stelle der Kartelle treten könnten, um zu zeigen, wie tüchtig sie die Wirtschaft zu verwalten vermöchten. Das heißt, sie müßten kaufen und verkaufen, Gewinne erzielen und verteilen. Und damit kommen wir zur schwächsten Stelle der Cole'schen Gedankengänge. Cole vermag sich kein richtiges Bild von der wirtschaftlichen Struktur zu machen, welche der von ihm erstrebten Zukunftsorganisation eigen sein wird. Wenn einmal die Gilden gebildet sind, dann hört das, was wir kapitalistische Wirtschaftsordnung nennen, notwendigerweise von selbst auf. Cole dagegen nimmt offenbar an, daß dann noch immer Reingewinne durch die einzelnen Gilden erzielt würden, welche die Gesamtheit absteuern könne. Er ist damit ein Anhänger des Steuersozialismus, den zum Beispiel auch Rathenau vertritt. Es wäre durchaus unsozialistisch, wenn die Gilden im Interesse des Reingewinns wirtschaften wollten, und nicht ausschließlich im Hinblick auf die Bedarfsdeckung; daß Reingewinnwirtschaft und Bedarfsdeckungswirtschaft aber nicht miteinander zusammenfallen, braucht wohl nicht erst betont zu werden. Der Hauptirrtum der Steuersozialisten beruht aber darauf, daß bei einer durchgeführten Gildenorganisation es gar keine Bildung von Reingewinn mehr gibt. Wenn die zehn Gilden um einen Tisch sitzen — Cole selbst sieht einen solchen Kongress vor — dann werden die Verhandlungen von Gilde zu Gilde geführt. Würden dabei Preise von ihnen gemeinsam mit den Konsumenten bestimmt, zum Beispiel von Maschinen und Grubenholz für die Bergbauindustrie, während gleichzeitig Preise für die Rohstoffe festgesetzt würden, so bedeutet dies nichts anderes, als daß durch Gesamtbeschluß die Bergarbeitergilde ein bestimmtes Geldverkommen erhält, das dann nur noch von Arbeitsintensität und Organisationskunst abhängt. Ein solcher „Reingewinn“ — wenn man diesen Ausdruck für dies Einkommen verwenden wollte — wäre weder ein Ausdruck des automatischen wirkenden Marktes, noch einer der Wirtschaftlichkeit, er wäre ein Verhandlungsergebnis und Abstimmergebnis. Die Willkürlichkeit solcher Reingewinne tritt heute schon auf, wo zum Beispiel dieselbe Kapitalistengruppe über Kohlenlager und Stahlwerke verfügt. Sie hat es in der Hand, beim Kohlenwerk ein Defizit, beim Stahlwerk einen Gewinn hervorzurufen oder umgekehrt, ohne daß sich an der Produktion das geringste ändern würde. Wenn einmal die ganze Wirtschaft von einigen wenigen Gilden beherrscht wird, dann wird die in Wirklichkeit von der Gildengesamtheit beherrscht, das heißt von einer Zentralfülle. Da gibt es keinen Reingewinn im überlieferten Sinne mehr, die Produktion muß dann auf Grund eines Wirtschaftsplanes bestimmt werden, der freilich eine Umgestaltung unserer Statistik voraussetzt. In dieser Konsequenz kommen die Gildensozialisten nicht. Die Wirtschaft wird für dazu zwingen, sobald einmal die Gilden in Funktion treten. Auch die Russen haben ohne Wirtschaftspläne an die Gestaltung der Wirtschaft herangetreten und haben zunächst von den Traditionen der kapitalistischen Ordnung ausgeht. Erst im Herbst 1920 fand die zur Erkenntnis gekommen, daß ein Wirtschaftspläne die unbedingte Voraussetzung jeder sozialistischen Wirtschaft ist, aber bis jetzt wissen sie nicht, wie man einen Wirtschaftspläne entwirft.

Das Fehlen des Wirtschaftsplanes gibt den Cole'schen Gedankengängen etwas Symbolisches und zeigt deutlich, daß sie mehr organisatorisch gerichtet sind und nicht einer strengen wirtschaftlichen Analyse ihren Ursprung verdanken. Die Analyse der sozialistischen Wirtschaftsordnung liegt aber überall im argen, wir verfügen über kein Werk, das die sozialistische Wirtschaftsordnung auch nur annähernd so tragend und scharfsinnig analysieren würde, wie das „Kapital“ von Marx die kapitalistische Ordnung zerlegt hat. Cole glaubt offensichtlich, daß es auch nach Durchführung der Vergeßlichkeit aller Produktionsmittel nach eine Preisbildung gebe, einer Arbeits- und einen Warenmarkt, sonst würde er nicht ausdrücklich hervorheben, daß die Preise nicht von den Gilden allein, sondern vom ganzen Volk, also einschließlich der Konsumenten festzusetzen wären. Er überieht, daß nach Durchführung der Vollsozialisierung alle Menschen mit Ausnahme der Greise, Kranken und Kinder, in den Gilden vertreten sind, also die Produkte an sich selbst verteilen. Robinson verkaufte auch nicht als Produzent seine Früchte an sich als Konsumenten. Eine Gesellschaft ist nach Durchführung der Vollsozialisierung ein Robinson, der produziert und konsumiert. Als empirisch veranlagter Engländer weist Cole darauf hin, daß der Bergarbeitervertrag vor kurzem von der Kohlenkommission forderte, der Bergarbeitergilde sei ein Konsumententrat anzuschließen. Das hat vorläufig keinen guten Sinn, weil ja die Gesamtheit der Beschäftigten noch nicht in Gilden organisiert ist.

Von großer Bedeutung dürfte es für die sozialistische Zukunft sein, daß im Gildensozialismus das menschliche Moment eine so

wichtige Rolle spielt. Die Teilnahme des Einzelnen am Gesamt-Leben wird immer wieder betont, das menschliche Glück, nicht nur die Menge der Produkte. Cole drückt unumwunden seine Ueberzeugung aus, daß eines der ersten Dinge nach Erringung der Freiheit der „Abbruch des anormalen, zentralisierten Industriesystems“ sein werde. Die lokale Organisation ist nach ihm das Ziel der übernächsten Zukunft, wenn auch zuvor nationale, vielleicht sogar internationale Gilden die Herrschaft über die Wirtschaft antreten müssen. Das geistige und seelische Dasein der Menschen wird eben umgestaltet, wenn der Kapitalismus verschwindet. In einem freilich scheint Cole allzuviel von der seelischen Veränderung zu erwarten. Er stellt die Frage, ob denn die Bergarbeiter in der gildensozialistischen Welt nicht auch streifen würden, um den anderen Werttätigen — nicht den Unternehmern, die es ja dann nicht gibt — höhere Löhne abzurufen. Und er beantwortet die Frage damit, daß er sagt, man könne kein System ausdenken, in dem die Bergarbeiter nicht streifen würden; aber innerhalb des Gildensozialismus, meint er, könne man an die Gefühle der Solidarität appellieren. Ein Arbeiter, der an der Leistung der Wirtschaft kontrollierend mitwirkt, werde zu freischaffender Arbeit bereit sein. Dies ist wohl ernstlich zu bezweifeln. Man kann wohl erwarten, daß eine längere Schulung durch die lebendige Ordnung des Gildensozialismus die Menschen allmählich beeinflusst, aber in der ersten Periode des Gildensozialismus können wir nur mit den Instinkten, Neigungen und Vorstellungen rechnen, welche der Kapitalismus in der Arbeiterschaft erzeugt hat. Die Bergarbeiter werden innerhalb des Sozialismus jeden Streikverzicht aufgeben, weil die neue Organisation der Wirtschaft ihn unterdrückt, nicht etwa weil sich ihre Gemütsverfassung geändert hätte. Heute können die Bergarbeiter während eines Streiks mit der wohlwollenden Neutralität aller anderen Arbeitergruppen rechnen. Die Unternehmer können nicht auf die Unterstützung der übrigen Volksgenossen hoffen. Anders in der sozialistischen Wirtschaftsordnung, wenn der Wirtschaftsrat, der Gildenkongress mit den Konsumenten oder sonst einer Instanz bestimmt hat, wieviel Brot, Fleisch, Kleider, Wohnung usw. die Bergarbeiter erhalten, dann bedeutet ein Streik ihresseits Bürgerkrieg. Sie haben dann alle anderen Arbeiter aktiv gegen sich. Wenn die Bergarbeiter auf Kosten der anderen Arbeiter, nicht auf Kosten der Unternehmer, besser leben wollen, wird sofort der gesamte Verkehr ins Kohlengebiet eingestellt, die Zufuhr aller Nahrungsmittel gesperrt, Licht und Wasser abgeschnitten, wenn man ganz von der Anwendung von Gewaltmitteln absteht. In der sozialistischen Ordnung hört der Streik auf, weil die Gesamtheit ihn nicht will. Heute ist der Streik die wichtigste Waffe der Sozialisten gegen die Unternehmer, er ist aber keine sozialistische Einrichtung. Da aber bei Cole noch Reste des Syndikalismus übrig sind und die zentrale Stelle, welche den Wirtschaftsplan im Dienste der Gesamtheit festsetzt, fehlt, muß er die Vereitelung des Streiks aus einer Gemütsänderung ableiten! Aber dennoch kann man Cole darin recht geben, daß die Verwirklichung des Gildensozialismus den Menschen zu neuem Anspannen, daß an die Stelle von Hunger und Furcht die Freude am Werk treten wird, die Bauern und Handwerker eigen war, solange sie noch nicht in die Fänge des Kapitalismus gefallen waren. Und eines muß man Cole noch hoch anrechnen: er hat Mut. Er kennt all die weinerlichen Argumente, die Kapitalisten und nicht wenige Sozialisten so gerne vorbringen, wenn es Ernst wird, er kennt das Gerede vom „Lobkranz“ Gesellschaftskörper und vom „Sprung ins Dunkle“. „Jawohl“, sagt Cole, „genau das müssen wir machen, was Herr Leslie Scott bei seiner Verteidigung der Grubenarbeiter vor der Kohlenkommission einen „Sprung ins Dunkle“ nannte.“ Mit diesen kräftigen Worten, die jeder energiegeliche Sozialist sich zu Herzen nehmen sollte, schließt er den Vortrag. So darf aber nicht der Eindruck, welcher weilt, was er will, nicht aber jeder Lollkopf, der auch ins Dunkle springt, wenn er das Chaos entseht, um es dem dumpfen Ungeheuer zu überlassen, wie es die Zukunft gestaltet. Wir wollen als historisch und empirisch geträubte Utopisten den Sprung ins Dunkle wagen.

Die Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie Sowjetrußlands

Pericht an den Internationalen Metallarbeiterbund

Die Gewerkschaftsbewegung in Rußland ist erst vor wenigen Jahren entstanden. Sie begann Ende der neunziger Jahre mit der Entdeckung der russischen Industrie. Allein unter den im zaristischen Rußland vorherrschenden Verhältnissen konnte das Gewerkschaftswesen nicht gedeihen. Die damalige Gesetzgebung legte der Organisation der russischen Arbeiter alle die Schwierigkeiten in den Weg. Dabei war es besonders die zur Handhabung von Arbeitsgesetzen bedingte willkürliche Polizeigewalt, die es ermöglichte, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterführer verfolgt werden konnten. Inzwischen fanden Veränderungen statt, die Gewerkschaften wurden oft aufgelöst, die Führer ins Gefängnis geworfen und verbannt, die Gewerkschaftsaktivitäten durchsucht. Das war die Lage vor der 1905 ausgedehnten Revolution.

Der durch diese Revolution erfolgte Druck nötigte dem Zarenregiment einige Zugeständnisse an die russischen Arbeiterklassen ab. Im Jahre 1904 und besonders im Jahre 1905 begann sich das russische Gewerkschaftswesen schnell zu entwickeln. Viele Arbeiterorganisationen wurden in jener Zeit gegründet und im Jahre 1906 hatte das russische Gewerkschaftswesen seinen Höhepunkt erreicht. Bald nach der ersten Revolution folgten reaktionäre Maßnahmen, die mit besonderer Grausamkeit gegen die Arbeiterklasse und ihre Organisationen gerichtet waren, und namentlich gegen die Gewerkschaften.

Die Zeit vom Jahre 1907 an bis zum Ausbruch des Weltkrieges war für die Arbeiterklasse sehr schwer zu ertragen. Die reaktionäre Regierung löste die Gewerkschaften auf, verhaftete und verbannte die Führer. Nur wenige Gewerkschaften blieben unberührt. Dagegen unterstützte die Regierung während jener Zeit die Organisation der Kapitalisten und verhalf ihnen zur Bildung von Syndikaten, Trust-Bildungen usw.

Unter dem Vorwand der nationalen Verteidigung und des „sozialen Friedens“ wurden während des Krieges die Arbeiterbewegung im allgemeinen und die der Gewerkschaften im besonderen unterdrückt. Die Unzufriedenheit und die Enttäuschung der Arbeiter fand ihren Ausbruch in den vielen überall im Lande ausbrechenden Streiks, die aber scharf niedergeschlagen wurden. Erst nach den furchtbaren Niederlagen an der Front ließ sich die Regierung unter dem Druck der öffentlichen Meinung dazu herbei, sich mit den Arbeiterführern über die Verteidigungsmaßnahmen zu beraten.

Es war aber bereits zu spät. Im März 1917 setzte die große Revolution das Zarenregiment hinweg, worauf — inmitten des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus und bei der nun in Rußland vorherrschenden Unruhe — die Gewerkschaften durch die russischen Arbeiter eiligst wieder organisiert wurden. Es war ein erster Augenblick, indem nun dem russischen Gewerkschaftswesen die Aufgabe gestellt wurde, eine neue Ordnung und einen neuen Staat zu schaffen und den wirtschaftlichen Zerfall zu verhindern. Zusammen mit den sozialistischen Parteien, den Räten der Arbeiterabgeordneten und den Räten der gewerkschaftlichen Organisationen kämpften die Gewerkschaften gegen die Reaktion an sowie gegen die wirtschaftliche Krise. Prompt und mit vollem Verwurfsen ihrer Verantwortung und des Schmerzes vor ihnen liegenden Arbeit hatten die russischen Gewerkschaften der provisorischen demokratischen Regierung, auf den Ruinen der alten Ordnung einen neuen Bau zu erstellen.

Über schon im Jahre 1917 wurden die Reihen des russischen Proletariats durch die fanatische Politik der bolschewistischen Partei gelähmt, die nicht Einigkeit, sondern Unordnung predigte. Der Staatsstreich von 1917 brachte die Bolschewiken ans Ruder und von jener Zeit an nahm das schreckliche Verbrechen seinen Fortgang. Dieselben Männer, die sich gestern noch Arbeiterfreunde nannten, setzten nun durch Massenverhaftungen, Greuelthaten und Ermordungen, aufgeschürt durch Demagogie, Verleumdungen und Lügen, mit einem wilden Verfolgung der Arbeiter ein. Unter der Last des Kommunismus, der als Beauftragter im Namen der Arbeiterklasse handelte und die Sprache und den Schicksal des Sozialismus gebrauchte, begann die kommunistische Regierung ihr Zerfallswerk. Um sich selber den Weg zu bahnen, erklärten die Kommunisten, daß die Arbeitsfreiheit, das Vereinsrecht, Streik und Versammlungen ein „bürgerlicher Aberglaube“ wären und verurteilten alle, die politische Rechte verlangten, als „Gegenrevolutionäre“. Viele Genossen kamen in dem Gefängnissen um, wurden zur Zwangsarbeit verurteilt oder erschossen, um des „Verbrechens“ willen, die Freiheit verlangt zu haben!

Die russischen Arbeiter durchlebten eine beispiellose Tragödie. Sie sind zum Stillstehen verurteilt, da man ihnen doch nicht glaubt, wenn sie gegen diejenigen sprechen, ihre Stimme gegen diejenigen erheben, die tüchtig und froh sich selber Volkstretter nennen und die sich vor den Arbeitern so sehr fürchten, daß sie in Wahrheit das Stimmrecht und die Arbeitsfreiheit abgeschafft haben. Erst letzthin wurde die Moskauer Druckergewerkschaft aufgelöst, deren Mitglieder des britischen Arbeiterdelegation die volle Wahrheit über die Lebensbedingungen der Arbeiter in Sowjetrußland mitgeteilt hatten. Arbeiter, die zum Protest gegen die gegen ihre Gewerkschaften ergriffenen Maßnahmen freilassen, wurden mit dem Tode bedroht. Die Gewerkschaftsaktivisten, Leitenden wurden verhaftet, viele an die Front geschickt und andere kamen auf andere Art um.

Die gesamte Politik der kommunistischen Sowjetregierung gegen die russischen Arbeiterklassen und ihre Organisationen kann wie folgt zusammengefaßt werden:

1. Die Freiheit der Gewerkschaften ist vernichtet. Die Gewerkschaften bestehen und arbeiten unter der Beaufsichtigung der Sowjetbehörden, nach deren Weisung sie zu handeln haben.
 2. Die Versammlungsfreiheit ist unterdrückt. Ein Erlaß wurde veröffentlicht, laut welchem Versammlungen nur mit Erlaubnis der Sowjetbehörden veranstaltet werden dürfen.
 3. Die Arbeitsfreiheit ist aufgehoben. Es wird als ein Verbrechen betrachtet, die Kommunisten zu kritisieren.
 4. Streiks werden als gegenrevolutionäre Handlungen betrachtet. Streikende Arbeiter werden mit einer für die weissen Länder unerhörten Härte behandelt. Streikende werden nicht nur ins Gefängnis geworfen, sondern man entzieht ihnen auch die Lebensmittel.
 5. Fast alle Industriezweige stehen unter Kriegsgeßel. Die Arbeiter können nicht von einer Beschäftigung oder Fabrik zu einer anderen übergehen. Sie sind zwingend in sogenannten „Arbeitsarmeen“ eingereiht. Übergelt ist obligatorisch.
 6. Die Gewerkschaften bestehen nicht als unabhängige Arbeitsorganisationen. Sie hängen von einer Zentralorganisation ab, wodurch sie zu einem Regierungsapparat umgestaltet worden sind.
- Diese Politik hat zum Ergebnis, daß die russischen Industriearbeiter in ihrer verzweifeltsten Lage und in der Unmöglichkeit, von ihren eigenen Organisationen Hilfe zu verlangen, die Städte verlassen und auf die Dörfer ziehen. (Fortsetzung folgt.)

Das Gold im Altertum

Von Th. Wolff, Potsdam (Nachdr. verb.)

Seit die Menschen sich überhaupt mit der Gewinnung und Verwendung beiz. Bezeichnung der Metalle oder Metalle zu befaßten begannen, war es stets das Gold, das ihre Aufmerksamkeit am meisten erregte und dessen Besitz sie dem aller anderen Metalle, ja sogar jener aller anderen irdischen Güter überaus hoch ansetzten. Fragen wir nach den Ursachen der großen Verehrung, ja man kann sogar sagen der Götterverehrung des Menschen für das Gold, so können wir die Antwort nur in den Eigenschaften dieses edlen Metalles suchen. Vor allem der leuchtende Glanz des Metalls, der edler und reiner ist wie bei jedem anderen Metalle, dann aber vor allem auch seine fast absolute Unverwundbarkeit, die mehr als es bei jedem anderen Metalle der Fall ist, atmosphärischen, chemischen und sonstigen Veränderungen Widerstand leistet, seine Beständigkeit, die die Eigenschaften des Goldes sind, die es zu dem edelsten aller Metalle gemacht haben. Das Gold ist ein so vollkommenes Material, daß es sich fast ohne jede Bearbeitung ein so vollkommenes Material hat, welches seine große Beständigkeit, die dem Menschen das Gold so wertvoll macht, auch bei der Bearbeitung nicht verliert. Das Gold ist ein so vollkommenes Material, daß es sich fast ohne jede Bearbeitung ein so vollkommenes Material hat, welches seine große Beständigkeit, die dem Menschen das Gold so wertvoll macht, auch bei der Bearbeitung nicht verliert.

damalige Mensch besaß und gebrauchte, notwendig unserer Kenntnis erschlossen werden ist, finden wir die Verwendung des Goldes, wie verschiedene aus jener Zeit kommende Funde von aus Gold gefertigten Gegenständen beweisen. Diese Funde gehören ihrer Herkunft nach der Metallzeit an, in der der prähistorische Mensch, nachdem er das Entzündungsgeheimnis der Erbeuten überstanden hatte, zum ersten Male das Metall begann einige Metalle und Metalllegierungen als Material zur Herstellung seiner Geräte und Waffen zu verwenden, ein Material, das einer viel weitgehenden und kunstvolleren Bearbeitung fähig war als der harte Stein und das ihm daher auch bereits eine erheblich höhere Kulturstufe ersah als jener. Kupfer, Bronze und Eisen sind die hauptsächlichsten der verwendeten Metalle jenes Zeitalters, die in geschichtlicher Reihenfolge hintereinander auftraten, so daß man in diesem Zeitalter wieder eine Kupfer-, Bronze- und Eisenzeit unterscheiden kann. Neben diesen drei Hauptmetallen finden wir, und zwar schon von der älteren Epoche des Metallzeitalters, also der Kupferzeit an, auch das Gold vor, jedoch in geringerer Zahl und nur in beschränktem Gebrauch und nur zu Schmuckzwecken des vorgeschichtlichen Menschen verwendet, aber als Material an anderen, nicht goldenen Gegenständen verwendet. So ist zum Beispiel aus Bronze und Eisen geschmiedet worden, die mit Goldplattieren oder auch Goldnähten verziert sind, dann eine Art spiralförmiger Armbrüste und bereits eine Art ganz oder teilweise goldener großer Schwertklingen, die sogenannten „Fibel“, die wir in der vollkommensten Form fast überall die ganze Geschichte der späteren Goldschmiedekunst verfolgen können; an weiteren prähistorischen Goldschmiedgegenständen sind Hals- und Bruststücke, verschiedene Formen von Rappierhaken und auch eine Art von Schwerten gefunden worden, außerdem aber sogar goldene Krone, Helm und andere Kopfbedeckungen, die vielleicht der Ehrenkleidung der kriegerischen Führer gegolten sein mögen. Diese Funde repräsentieren zum Teil einen ganz erheblichen Reichtum, was um so bemerkenswerter ist, als wir über die Herkunft des Goldes im Altertum und die Gewinnung des prähistorischen Goldes nichts wissen. In der Zeit der geschichtlichen Arbeitsweise natürlich auch nur eine geringe und unbedeutende, so läßt sie doch erkennen, daß der prähistorische Mensch seine gesamte Kaufkraft auf die Beschaffung solcher goldenen Gegenstände verwendete, an denen sich sein langbegehrtes Wissen in praktischer und erfolgreicher Weise äußerte und entwickeln konnte. Reichtum, und der höchsten Metallzeit hervorgehende Stücke

wissen bereits einen höheren und nicht unerheblichen Grad kunstgewerblicher Fertigkeit auf. Die Fundorte jener aus prähistorischer Zeit stammenden Goldgegenstände sind durchweg Nord- und Mitteleuropa. Von einer prähistorischen Goldschmiedekunst in anderen Erdteilen ist uns nichts bekannt.

Auf einer ungleich höheren Stufe seiner Verwendung und Bearbeitung finden wir das Gold zunächst bei den alten Ägyptern, dem wohl ältesten Kulturvolke, dem die Menschheit ja so Vieles ihrer technischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Entwicklung verdankt. Im 5 bis 6 Jahrtausende vor Christi Geburt reicht bei den Ägyptern der Gebrauch des Goldes zurück, das wahrscheinlich das erste bzw. älteste Metall der altägyptischen Kultur und auf alle Fälle schon lange in Gebrauch war, ehe die Ägypter das Silber kennen lernten, das von ihnen „weißes Gold“ genannt wurde, wobei seiner nahen Verwandtschaft mit dem Golde in seinem chemischen und physikalischen Verhalten wegen.

Schon zeitig müssen sich bei den Ägyptern ganz ungeheure Mengen Goldes angeammelt haben, denn der Gebrauch, den sie von diesem Metalle machten, war ein — an unseren heutigen Verhältnissen gemessen — außerordentlich verschwenderischer und sämtliche geschichtlichen Forschungen berichten von den riesigen Schätzen an goldenem Geschmelde und goldenen Geräten, die die ägyptischen Könige und Priester in ihren Wäldern und Tempeln bargen, wohl auch bei der Verdringung Verstorbenen mit in das Grab nahmen. Velleiteten sie doch nach der übereinstimmenden Überlieferung verschiedener Schriftsteller des Altertums, wie Herodot, Diodor usw., ihre Köpfe und Hände, ja selbst die Vorfüße mit Goldblech, und wenn das nicht auch nur ein Luxus der Vornehmlichen gewesen sein mag, so läßt doch dieser profane Gebrauch des edlen Metalles auf ganz ungeheure Vorräte an diesem schätzlichen Selbstverdienlich aber bestand auch eine sehr ausgedehnte Verwendung des Goldes zur Verfertigung von Schmuckgegenständen, und die altägyptische Goldschmiedekunst muß nach in Grabstätten und Pyramiden aufgefundenen und noch sehr gut erhaltenen Erzeugnissen auf eine bereits ganz bedeutenden Höhe gestanden haben, die technisch zwar von dem heutigen Goldschmiedgewerbe übertrifft wird, künstlerisch jedoch aber nur wenig nachstand. Armbrüste, Diademe, goldene und goldverzierte Waffen, Gerätschaften der verschiedensten Art, alle in kunstfertig hochentwickelter Ausführung, sind in ägyptischen Gräbern ge-

Für die Einheit des Verbandes

Vom 26. bis 28. Mai tagte in Stuttgart der erweiterte Beirat des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Anlässlich dieser Tagung und veranlaßt durch den bevorstehenden Verbandstag, zu dem der Wahlkampf von den Kommunisten eröffnet wurde unter der Devise: Moskau oder Amsterdam, veröffentlichten 74 von 82 Delegierten gegen die Bismarck- und Herforder der Gewerkschaften durch die Bestrebungen der W.K.P.D. folgende gemeinsame

Erklärung:

Die unterzeichneten Mitglieder des erweiterten Beirates des D.M.V., die politisch auf dem Boden der S.P.D. und U.S.P.D. stehen, erblicken in den von der Moskauer Internationale und der W.K.P.D. ausgehenden Bestrebungen, die deutschen Gewerkschaften unter das Diktat einer politischen Partei zu stellen, eine schwere Gefahr für die Erhaltung der Aktionsfähigkeit und der Geschlossenheit der wirtschaftlichen Kampffront der Arbeiterklasse. Um erfolgreich für die Arbeiterfrage und den Sozialismus wirken zu können, müssen die Arbeiter in ihren gewerkschaftlichen Organisationen unbedingt an der Demokratie und dem Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder festhalten und alle Versuche der Errichtung einer Parteidiktatur in den Gewerkschaften, die diese zu zersprengen droht, auf das entschiedenste zurückweisen.

Im internationalen, gewerkschaftlichen Zusammenwirken der Arbeiterklasse finden deren Bestrebungen ihren stärksten und machtvollsten Ausdruck in der Gewerkschafts-Internationale in Amsterdam, die die Arbeiter aller Länder nicht nur zur erfolgreichen Abwehr der Übergriffe des Kapitalismus auf die Rechte der Arbeiter, sondern auch zum Aufbau der Wirtschaft im sozialistischen Sinne zusammenschließt.

Von dieser Grundtatsache ausgehend, ist die gegenseitige Unterstützung in der Abwehr der von Moskau ausgehenden Bestrebungen der Errichtung einer Parteidiktatur in den Gewerkschaften in die vorderste Linie zu stellen. Das ist insbesondere auch bei der Aufstellung und Wahl der Kandidaten zum kommenden Verbandstag zu berücksichtigen.

Unter Wahrung des Entscheidungsrechts der örtlichen Mitgliedschaft über die Bestimmung der Kandidatenvorschläge nach dem Wahlreglement, ist möglichst auf eine Verständigung unter den, den obigen Grundätzen zustimmenden Mitgliederkreisen hinzuwirken.

- | | | |
|--------------------------|--------------------------|------------------------|
| Bernard, Frankfurt a. M. | Seide, München | Scheffer, Berlin |
| Böcker, Köln | Hennig, Krefeld | Schlichte, Stuttgart |
| Brandes, Stuttgart | Hoffmeister, Kattowitz | Schmidt, Wehr |
| Bredon, Berlin | Hofbauer, Stuttgart | Schulte, Königsberg |
| Bremer, Erfurt | Jugger, Stuttgart | Schulenburg, Karlsruhe |
| Bringmann, Hildesheim | Kempen, Hamburg | Schulz, Hamburg |
| Buse, Bielefeld | Kette, Düsseldorf | Schwanze, Stuttgart |
| Carl, Neufahr a. d. O. | Koch, Wiesbaden | Spiegel, Bielefeld |
| Dittmann, Stuttgart | Köhler, Königsberg | Steinhauer, Essen |
| Eitelberg, Witten | Kurz, Stuttgart | Stetter, Stuttgart |
| Ersner, Nürnberg | Langgraf, Bremerhaven | Leichgaber, Leipzig |
| Fenske, Hannover | Liebe, Dresden | Linn, Breslau |
| Fink, Wehr | Matthies, Jena | Loff, Stuttgart |
| Fischer, Aachen | Müller, Reil | Ufermann, Stuttgart |
| Fischer, Ludwigshafen | Neumann, Wevelsburg | Ullrich, Nürnberg |
| Fischer, Neuwied | Pfeifer, Witten a. d. A. | Ulrich, Berlin |
| Frank, Stettin | Reichel, Stuttgart | Vorhöfer, Stuttgart |
| Freitag, Jagen i. W. | Reichle, Weiskirchen | Wallbrecht, Köln |
| Garbe, Kiel | Reinhardt, Nordhausen | Weiler, Dortmund |
| Gräßinghoff, Solingen | Riger, Erlangen | Wendler, Stuttgart |
| Graß, Berlin | Röhr, Hannover | Werner, Stuttgart |
| Gross, Osnabrück | Röhr, Halle a. S. | Wernthal, Augsburg |
| Haus, Köln | Rusch, Brandenburg | Wolf, Essen |
| Haus, Stuttgart | Schäfer, Stuttgart | Ziela, Berlin |
| Haus, Dresden | Scheidt, Stuttgart | |

höhere Beteiligungsziffer zu erhalten. Unter der Herrschaft des alten Vertrags setzte aus diesem Grunde ein heftiger Kampf um neue Grubenfelder und die Errichtung neuer Schachtanlagen ein. Einzelne Rechenbesther oder Gesellschaften haben ihren Besitz an Grubenfeldern ganz riefenhaft erweitert, und zwar in der Hauptsache um eine höhere Beteiligungsziffer im Kohlenyndikat zu erlangen. August Tessen besaß, um nur ein Beispiel zu nennen, 1903 doppelt soviel Kohlenfelder als der preussische Staat: nämlich 200 gegen 96 des preussischen Fiskus. Auf diese Weise haben die Bestimmungen des alten Syndikatvertrages die Tendenz zur Konzentration ungemein verstärkt.

In dem seit 1904 geltenden Vertrage gab die Erweiterung des Besitzes an Grubenfeldern und Schachtanlagen kein Anrecht auf Erhöhung der Beteiligungsziffern mehr. Dafür wirkte um so nachhaltiger die bereits erwähnte Bestimmung über die Nichtanrechnung des Selbstverbrauches der Hüttenzweigen. Der Verbrauch der Hüttenzweigen an Kohle und Koks wurde als Selbstverbrauch erklärt und von der Umlage und Förderungseinschränkung befreit. Jede Hüttenzweige erhielt über den Selbstverbrauch hinaus eine Beteiligungsziffer mit den gleichen Rechten und Pflichten wie jede andere Zweige. Die Einschränkungen der Förderung fielen vollständig den reinen Kohlenzweigen zur Last, sie hatten den ganzen Ausfall zu tragen, während die Hüttenzweigen an keine Beschränkung gebunden waren. Interessant ist in dieser Beziehung eine Auslassung der Selsenkirchener Bergwerksgesellschaft vom Jahre 1904. In einer Denkschrift der Gesellschaft heißt es, die den Hüttenzweigen bewilligten Vorrechte hätten zur Folge, daß die reinen Kohlenzweigen dauernd ganz allein die sogenannten Einschränkungen auf sich nehmen müssen, während die Hüttenzweigen unter Anspannung aller Kräfte fördern und vor allem auch für die Zukunft den in natürlichem Fortschritt ansteigenden Kohlenbedarf ihrer Eisenwerke und aller deren Erweiterungen und Erwerbungen ganz an sich reißen werden. Dieser im neuen Syndikatvertrage gebotene Vorteil muß den Hüttenzweigen Anreiz geben, weitere Syndikatszweige zu erwerben. Es wird also zu befürchten sein, daß die Lage der reinen Kohlenzweigen mehr und mehr verschlechtert und so ein Wiederzustandekommen des Syndikats nach dem Ablauf des jetzigen Vertrages erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Von 1903 ab kamen denn auch die so bemerkenswerten Fusionen in der Montanindustrie zustande. Die Selsenkirchener Bergwerks-Aktien-Gesellschaft gliederte sich 1904 dem Schalker Gruben- und Hüttenverein und dem Aachener Hüttenaktienverein in die Erde an. Dann folgten Angliederungen der Schweizer A.G. für Drehtseilfabrikation, der Firma F. B. Piebhoef & Co. A. G. Düsseldorf-Elber, der Düsseldorf-Röhrenindustrie und nahm jene große Expansion in Lothringen und Luxemburg vor. Das Eisenwerk Hoersch, Dortmund schloste die Limburger Fabrik- und Hüttenverein, die Maschinenfabrik Deutschland und das Hammerwerk v. d. Becke & Co. Der Thyssenkongern umschloß: Gewerkschaft Deutscher Kaiser, A. G. für Hüttenbetrieb, Duisburg-Meiderich, Stahlwerk Thyssen & Co., Hagendingen, Krefelder Stahlwerk, Böhlinger Eisenwerke, Mos a. d. Mosel, Hüttenwerk Sambre et Moselle und die Saar- und Mosel-Bergwerksgesellschaft der Phönix verband sich mit dem Hoerder Verein der Westfälischen Union, Hamm und der Düsseldorf-Röhren- und Eisenwerke, vormalig Poensgen. Die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A. G. (gegründet 1901) eroberte Differdingen, Dannenbaum, die Friedrichs-Wilhelmshütte, Mühlheim, die Saar- und Moselbergwerksgesellschaft (gemeinsam mit Thyssen), die Dortmunder Union, die Kämelinger Hochofen- und Stahlwerke. Ähnlich behielten sich alle größeren Konzerne aus. Neben Eisen- und Stahlwerken wurden eine große Zahl von Zechen von den Trusts innerhalb des Kohlenyndikats aufgekauft. Schlechte, nur ungenügend abbaufähige Zechen wurden erworben und stillgelegt. Die Beteiligungsziffern solcher Zechen konnten mit Leichtigkeit von rationeller betriebenen und ergiebigeren Schachtanlagen derselben Gesellschaft übernommen werden. So entpuppten sich die Syndikatbestimmungen über den Selbstverbrauch der Hüttenzweigen als nachwirkender Anreiz zur Konzentration innerhalb des Kohlenbergbaues.

Die Macht des Kohlenyndikats und dessen monopolistische Stellung wäre nicht vollständig gewesen, wenn nicht auch der Kohlenhandel in den Bereich des Syndikats einbezogen worden wäre. Dieses Bestreben hegte das Kohlenyndikat von Anfang an. Rücksichtslos kämpfte unter Anwendung von Konventionen, Strafen, Lieferungsperren usw. wurden um die Unterwerfung der Händler geführt. Systematisch wurde dieser Prozeß fortgeführt durch die Gründung einer Tochtergesellschaft des Syndikats: Die Rheinische Kohlenhandels- und Kedererzgesellschaft, genannt Kohlenkontor. Das Kohlenkontor zählt zu seinen Hauptgesellschaften folgende Firmen: Kohlenyndikat, Stinnes, Daniel, Selsenkirchen, Deutsch-Luxemburg, Harpen und Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Thyssen). Zunächst ging man daran, den Markt im Innern des Landes zu regulieren beziehungsweise aufzuteilen. Deutschland wurde in elf Bezirke aufgeteilt und die dort dominierenden Händlervereinigungen in Abhängigkeit gebracht. Wir wollen bei diesem Punkte nicht länger verweilen, sondern nur Auslassungen einiger Kohlenhändler hier folgen lassen, die anlässlich der kontraktlichen Verhandlungen (eine groteske Komödie, die zur Aufhellung der unlauteeren Motive aus der Praxis der Kartelle und deren Mittel im Kampfe gegen deren Gegner dienen sollte und in der Zeit von 1903 bis 1908 im Reichsamt des Innern stattfand) gemacht wurden, aus denen alles weitere hervorgeht. Kohlenhändler Wölk, Düsselberg, machte unter anderem folgende charakteristische Ausführungen:

„Das Syndikat hat eine bewundernswürdige Organisation geschaffen, von der ich mir denken könnte, daß der Großhandel bis auf einen ganz kleinen Bruchteil ausgeschaltet würde. Was berechtigt denn den Großhandel überhaupt? Es wird schließlich für den Großkaufmann nur noch übrig bleiben, daß er seinen Absatz findet beim Kleinverbraucher, beim Kreditbedürftigen, daß er für den Ausgleich durch große Lagerung von Kohlen zu Zeiten schlechten Abganges sorgt. Das sind die Punkte, die ihn in Zukunft überhaupt noch berechtigen, und es würde wahrscheinlich sein, daß der Kohlenhandel von einer Abnahme von 45%, wie wir heute Morgen gehört haben, auf mindestens 20% herunterginge.“

Wenn ich eben sagte: eigentliche Kaufleute sind wir nicht mehr, so begründe ich das wie folgt. Das Kohlenyndikat schreibt uns erstens vor, welche Sorte wir kaufen, zweitens zu welchem Preise wir sie kaufen, drittens das Absatzgebiet, wozu wir verkaufen dürfen, viertens die Verkaufspreise, zu welchen wir verkaufen dürfen. Da bleibt von der Freiheit des Handels natürlich nicht viel mehr übrig. In Zukunft müssen wir Großkaufleute uns klar machen, daß es nicht anders geht und daß wir allmählich weniger werden.

Kohlenhändler Wellwinkel, Dortmund erklärte:

„... daß bei jeder Verkaufsvereinbarung das Kohlenyndikat durch einen Herrn seines Vorstandes Sitz und Stimme im Aufsichtsrat hat, ferner berechtigt ist, die sämtlichen Bücher zu jeder Zeit einzusehen. Die Bewegungsfreiheit ist uns allerdings genommen; wir sind mehr eine Art Vertreter geworden. Aber damit müssen wir uns eben abfinden.“

So mußte der selbständige Kohlenhandel vor dem Syndikat die Segel streichen und sank zu einem reinen Organ desselben herab. Der Auslandsabsatz wurde vom Kohlenkontor, da der Inlandsmarkt nicht voll aufnahmefähig war, mit aller Kraft betrieben. In Holland, Belgien, Frankreich, Desterreich, der Schweiz und in Italien wurden Zweigniederlassungen errichtet. Die Deutsche Kohlendepotgesellschaft m. b. H., Hamburg besorgte den Absatz nach den überseeischen Märkten. Diese Auslandsvertretungen arbeiteten mit einem Riesenaufwand von Kräften um deutsche Kohle abzugeben. Da das Syndikat im Inland über ein Monopol verfügte und dementsprechend die Preise gesetzt werden konnten, war es möglich, durch niedrige Offerten die Auslandskonturrenz ganz erheblich zu unterbieten. Heftige Magen der englischen, belgischen und französischen Kohlenmagnaten über die Schmutzkonturrenz des Kohlenyndikats waren in der Vorkriegszeit an der Tagesordnung. Es hat Zeiten gegeben, wo in Deutschland Kohlenmangel bestand und zur selben Zeit die Ausfuhr ganz beträchtlich gesteigert wurde. In solchen Zeiten kam den Kohlenkonsumenten die Monopolstellung deutlich zum Bewußtsein. Das Ausland wurde noch besonders begünstigt, weil deren Fertigungsindustrie über einen billigen Rohstoff verfügte und somit gegenüber der deutschen Industrie einen Vorsprung in der Verbilligung der Produktionskosten hatte. Das Monopol in der Schiffsreederei auf dem Rhein stärkte natürlich ebenfalls die Macht des Kohlenyndikats.

Zusammenfassend ist das Wirken des Kohlenyndikats dahin zu erläutern, daß es in seinem jetzt beinahe dreißigjährigem Bestehen die Konzentration im Kohlenbergbau systematisch in bestimmter Form drängte. Als eine Zusammenfassung der gesamten Kohlenindustrie und des Kohlenhandels stellte es eine Riesennacht der nur wenigen Kohlenmagnate dar, die der Politik und den wirtschaftlichen Kämpfen Deutschlands deutlich ihren Stempel aufdrücken konnten. Als prominenter Vertreter eines aggressiven Imperialismus haben die Syndikatsgewaltigen an den Dingen, die zum Kriege führten, ihr gerütteltes Maß Schuld. Das Kohlenyndikat legte den Grundstein zu der horizontalen und vertikalen Konzentration, die in der Gegenwart ihren Höhepunkt erreichte. Und wenn Emil Kirdorf, der Generaldirektor des Kohlenyndikats, im Jahre 1903 anlässlich der kontraktlichen Verhandlungen den Ausspruch tat: „Ich betrachte das Syndikat durchaus nicht als Vorstufe des Trusts, sondern ich möchte sagen, der Trust kann nur über die Leiche des Kohlenyndikats gehen“, so hat er eine Prognose aufgestellt, die sich als wenig sichhaltig erwiesen hat. Denn heute bestehen Trusts von riesigem Ausmaß und Herr Emil Kirdorf mußte mitsamt seiner Selsenkirchener Bergwerksgesellschaft die Selbständigkeit aufgeben, um als Teil der Siemens-Rhein-Eber-Schuckert-Union zu gelten. Das Kohlenyndikat aber besteht noch immer.

(Fortsetzung folgt.)

Vom Einzelbetrieb zum Elektromotortrust

Industrielle Konzentrationen und ihre Geschichte*

Kartelle und Syndikate.

II.

(Fortsetzung.)

pu. Bei den Kämpfen innerhalb des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats waren vor allem die charakteristisch, welche um die Beteiligungsziffern geführt wurden. Beteiligungsziffern sind jene Mengen, die die einzelne Zechen an das Kohlenyndikat zu liefern hat. Wenn die Marktfrage die volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit der Zechen nicht zuließ — was vor dem Krieg fast immer die Regel war — so wurde vom Syndikat die Beteiligungsziffer prozentual herabgesetzt. Da nun eine Kohlenzweige einen relativ hohen Kapitalwert repräsentiert, war es keine Kleinigkeit, die Förderungsmöglichkeiten nicht restlos auszunutzen zu können. Im alten bis 1903 gültigen Vertrage des Kohlenyndikats war es den Zechen durch Erwerbung von Grubenfeldern und Niederbringung neuer Schächte möglich, eine

* Siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 16, 17, 18, 19, 20 und 22.

Goldreichtum schon die Bibel rühmt und von dem der biblische König Salomon die großen Mengen Goldes bezog, die er zu seinen Palast- und Tempelbauten verwendete, gelegen war; die Wissenschaft hat sich neuerdings vielfach mit diesem Gold- und Märchenlande beschäftigt und glaubt es in einer Landschaft in Ostafrika gefunden zu haben, ohne diese Annahme jedoch mit Sicherheit verbitzen zu können. Der griechische Schriftsteller Diodoros gibt an, daß der jährliche Ertrag der ägyptischen Goldbergwerke zur Zeit Kamesses II. ungefähr 200 Millionen Mark nach unserem Gelde betragen hat, also ungefähr 2 1/2 mal soviel wie die Goldproduktion der ganzen Welt im Jahre 1901, die etwa 110 Millionen Mark ergab. Wie weit die Angaben Diodoros zutreffend sind, wissen wir allerdings nicht. Eine wie große Bedeutung aber trotz dieser ungeheuren Mengen das Gold im alten Ägypten besaß, geht wohl am besten daraus hervor, daß man sich bereits damals gelegentlich mit der Kunst, Gold zu machen, befaßte. Die Methode hat ihren Ursprung im Land der Pharaonen, aus dem auch das älteste Rezept, Gold zu machen, die „Tabula smaragdina“, die aus dem 3. Jahrtausend v. Chr. stammt, herrühren soll. Wahrscheinlicher ist indes, daß der Verfasser dieses ebenso ausführlichen wie unverständlichen Rezepts, Gold auf künstlichem Wege aus anderen Stoffen herzustellen, ein ägyptischer Priester namens Hermes war, der im Jahre 100 n. Chr. lebte; auf den Besitz dieses Repts dürfte jedenfalls der Goldreichtum der Ägypter nicht zurückzuführen sein.

Wie die Ägypter, so suchten und sammelten auch die übrigen orientalischen Völker jener Zeit, die Perser, Assyrer, Babylonier, Phoenizier usw., ferner auch die Indier das Gold als Wert- und Schmuckmittel. In allen Mythen dieser Völker spielt es eine hervorragende Rolle, überall ist es das Sinnbild des begehrtesten irdischen Gutes, der Macht und Größe und das Symbol der höchsten menschlichen Würde. Der goldene Thron und das goldene Szepter sind das Sinnbild der Königsgewalt bei allen diesen Völkern. Der goldene Stuhl Moses, die goldene Bundeslade der Israeliten und der goldbedeckte Tempel Salomos spiegeln die Bedeutung des gelben Metalls im Geistesleben und Religionskult jener Zeit getreulich wieder. Griechische Geschichtsschreiber teilen mit, daß die persischen Könige bei feierlichen Zeremonien goldene Gewänder trugen, deren jedes einen Wert von fünfzig Millionen Mark besaßen haben soll; der König Rekuabnezar ließ für seinen Tempel mehrere Götterbilder aus

massivem Golde herstellen, deren jedes an tausend Zentner gewogen haben soll. Wieviel an diesen Angaben Übertreibung ist, läßt sich allerdings nicht feststellen, beruhen sie vollständig auf Wahrheit, so müßte in jener Zeit das Gold gerade in solchen Mengen vorhanden gewesen sein, wie im Mittelalter das Kupfer. Abgesehen davon, die zuletzt genannten Völkern mit Ausnahme der Indier nicht, wie die Ägypter, die glücklichen Besitzer eigener Goldbergwerke, sondern sie erwarben ihre Goldschätze durch den Handel mit den von Natur aus goldreichen Ländern, wohl auch durch kriegerische Eroberungen oder durch die Tributpflicht unterworfenen anderer Völker. Dagegen war Indien ebenso wie Ägypten das Land großer Naturschätze an Gold, die übrigens die ägyptischen lange überbalderten und noch im Mittelalter Indien zu dem Gold- und Märchenlande machten, dessen Reichtum sprichwörtlich wurde. Die Fundstätten des indischen Goldes waren das Stromgebiet des oberen Indus und Sattlerich im heutigen Tibet sowie die Abhänge des Himalajagebirges. Der Goldbesitz Indiens war bereits im Altertum von Sagen umgeben; so berichtet Plinius, daß die Indier ebenso wie auch die Sanythen ihre Goldschätze von Streifen bewachen ließen. Es ist nicht bekannt, welcher wahre Kern an diesen und ähnlichen sagenhaften Berichten ist. Herodot berichtet sogar, daß in Indien das Gold von Ameisen, die so groß und stark wären wie die Füchse, aus der Erde gegraben würde. Diese märchenhafte Mitteilung ist neuerdings in gewissem Sinne bestätigt worden. Die indischen Eingeborenen verwenden nämlich heute noch, wie schon in ältester Zeit, zur Gewinnung des Goldes Quecksilber, die die Erde aufzuheben und dadurch auch die darin befindlichen Goldklümpchen zutage fördern, die dann von den Eingeborenen herausgeseigt werden. Aus diesen Quecksilbern also hat Herodot die Fuchsameln gemacht, die den Indus des indischen Goldlandes jahrhundertlang nach gezeigert haben. Auch Kleinasien erstreckte sich eines natürlichen Goldreichtums, besonders im Stromgebiet des Paktolos, dann in Phrygien Betrieb genommen wurde. Noch heute ist der Reichtum des indischen Königs Krojus, der dieser den Goldschätzen seines Landes verbannt, sprichwörtlich. Heute sind sowohl die afrikanischen wie asiatischen Goldlager natürlich schon seit vielen Jahrhunderten erschöpft.

(Schluß folgt.)

Um den Achtstundentag

Das Zentrum, Sammelboden widerstrebender Elemente unter der Führung des neuen, retten Welttheorie „Solidarismus“, selbst von Matthias Erzberger unter dem Motto „Nehmen ist seliger als Geben“ hochgeprägt, hat die „Christlichen Gewerkschaften“ als treueste Stütze. Daneben sitzen die größten Reaktionskräfte, ausgesprochene Arbeiterfeinde, denen die durch die Gewerkschaften erzwungenen Arbeiterrechte, Arbeiterschutz und soziale Gleichberechtigung ein Greuel sind.

Der christliche Herr Abenauer, seines Zeichens Oberbürgermeister von Köln und hervorragende Zentrumskräfte, hat jetzt die Ansicht des Zentrums über den Achtstundentag enthüllt. Im verflochtenen Regierungskabinettsamt wurde auch dieser Herr erfucht, seine Kunst des Regierens zu betätigen. Als Bedingung forderte er die Aufhebung des Achtstundentages und Hinzufügung einer neunten Arbeitsstunde, zudem noch Zurückstellung aller Sozialisierungspläne. Dies sei notwendig, um die Forderungen der Entente erfüllen zu können. Mit dieser Phrase verliert er nur seinen und den Herzenswunsch aller Reaktionskräfte zu bemänteln, zeigt aber zugleich, wie oberflächlich in diesem Kreise die furchtbare Weltkrise eingeschätzt wird.

Die Möglichkeit, die Forderungen zu erfüllen, ist nur gegeben, wenn es Deutschland gelingt, den Export zu beleben. Deutschlands wichtigste Exportwaren sind Produkte der Maschinen- und Eisenindustrie. Die Aufträge des Auslandes für diese Waren reichen gegenwärtig nicht aus, um die deutsche Industrie auch nur annähernd zu beschäftigen. Wenn nun diese Zentrumskräfte Verlängerung der Arbeitszeit fordert, so verfolgt er nur die Absicht, für den neunständigen Arbeitstag die gleiche Lohnsumme wie für acht Stunden zu bewilligen. Dadurch tritt nach seiner Meinung eine Verbilligung der Produkte ein und ihr Absatz ist auf dem Weltmarkt gesichert.

Sind die deutschen Produkte auf dem Weltmarkt zu teuer? Diese Frage muß verneint werden. Deutschland wird heute allgemein als Schmutzkontinent auf dem Weltmarkt angesehen. Seine niedere Valuta ermöglicht die Waren zu sehr niedrigen Preisen auf den Markt zu bringen. (Der Gewinn aus Valuta floß als Sonderprofit in die unerschöpflichen Geldsäcke der Kapitalisten und das deutsche Volk trug die Lasten.) Verschiedene Staaten schloßen ihre Grenzen für die deutschen Waren als Schutzmaßnahme gegen die Erdrosselung ihrer eigenen Industrie. Wenn Worte einen Sinn haben, so wünscht Herr Abenauer den Preis der Waren herabzusetzen, um größeren Warenabfah zu erzielen. Dieses Prinzip, das im Innern des Landes so unendlich notwendig wäre, wird auf dem Weltmarkt angewandt eine dreifache Gefahr für die deutsche Wirtschaft. Werden die Preise auf dem Weltmarkt für deutsche Waren ermäßigt, werden mit automatischer Sicherheit die Grenzen geschlossen, um eine Überflutung der Länder mit deutschen Waren zu verhüten. Die Ansicht, deutsche Waren absetzen, schwindet.

Die Verlängerung der Arbeitszeit von acht auf neun Stunden schafft neue Arbeitslose, da Arbeitsaufträge nicht beschafft werden können. An den Arbeitsprodukten, an denen bisher zum Beispiel 900 Arbeiter täglich acht Stunden arbeiteten, werden nach dem Plan Abenauers in Zukunft 800 Mann neun Stunden täglich arbeiten. Das Ergebnis sind 100 neue Arbeitslose, allerdings bringt es eine geringere Profitrate aus exportierten Produktionskosten, was schließlich der Grund der ganzen Übung ist. Die Behebung des Inlandsmarktes durch Verbilligung kann diese Folgen für die Arbeiterklasse nicht aufheben. Der Inlandabsatz wird um ein Neuntel steigen, da die Verbilligung eine von neun Arbeitsstunden beträgt. Vorausgesetzt natürlich, daß auch 1/9 Konsumvermögen tatsächlich auf den Verkaufspreis in Anrechnung kommt. Selbstverständlich wird sie aber als Sonderprofit in die Geldsäcke fließen. Dieses mehrwertige Neuntel produzieren die bisher Beschäftigten durch die neunten Arbeitsstunden wieder mit, ein Restprodukt von Arbeitskräften in den Produktionsprozess kann also nicht erfolgen. Dies Ergebnis ist feststehend, da die Konsumkraft des deutschen Volkes im eigenen Lande schon lange auf dem Nullpunkt angelangt ist. Möglicherweise kann eine sichtbare Prosperitätsperiode sein, die durch kapitalistische Spekulation hervorgerufen wird. Der Niedergang in das Nichts wird dann aber um so katastrophaler sein. Die schrecklichen Bilder der Kapitalismus wirken sich aus.

Die Schwere der Lage auf dem Weltmarkt werden durch eine tatsächliche Überproduktion in der Metallindustrie außerordentlich verschärft. Der Lieferant, der unendliche Revolutionäre, hat durch seine Verbilligung die Produktion gewaltig gesteigert. Wir brauchen nur einen modernen Großbetrieb von heute betrachten und als Vergleich den gleichen Betrieb vor 15 bis 20 Jahren heranziehen. Heute wird mit der gleichen Arbeiterzahl von früher die doppelte Menge Produkte erzeugt. Kinder, die vor dem Krieg keine nennenswerte Metallindustrie besaßen, jetzt als Warenabnehmer für Industrieprodukte in Frage kommen, verfallen heute über alle Maßen in die Hände der kapitalistischen Industrie, werden somit als Verbraucher aus und treten selbst auf dem Weltmarkt als Verkäufer auf. (Siehe Japan und andere.) Die Überproduktion ist vorhanden, die produzierten Güter können nicht mehr konsumiert werden. Diese Krise ist nicht mit einer Handbewegung zu beheben und kann mit einigen weltfremden Maßnahmen, wie sie Herr Abenauer als Programm aufstellt, nicht behoben werden.

Einen Ausweg gibt es nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Sozialisierung. Herr Abenauer aber fordert die Zurückstellung der Sozialisierungspläne auf den Sozial-Kammerleinstieg. So kann er seine kapitalistische Ideologie drehen und wenden so viel er will, mag seinen Willen eine zielbewusste Klarheit geben wollen, der verstandene kapitalistischen Wirtschaft kann auch er als kommener Welt nicht auf die Beine helfen, nur die Not und das Elend der unteren Volkschichten wird er vergrößern und verlängern. Die christlichen Arbeiter können sich dafür bei ihren Zentrumskräften bedanken.

Deutschland kann den Export auf dem Weltmarkt mit seinen Industrieprodukten nur durch preiswerte Qualitätsarbeit wieder erlangen. Der Plan, als billiger Jakob zu figurieren, muß es sich aus dem Kopf schlagen. Gute Arbeit wird sich allerorts Eingang verschaffen ohne Repressalien hervorgerufen. Die Schwierigkeiten für den deutschen Export sind außerordentlich groß, da Deutschland über keinerlei Handelsverträge verfügt, die das Ausland unbedingt benötigt. Die bei der Ausfuhr erzielten Erlöse müssen reinlich zur Sanierung der Reichsfinanzen eingesetzt werden.

Im Land muß der Preisstand erzieher. Nicht beginnend bei den Arbeitelöhnen — der Metallarbeiter heute gewöhnlich höher dem Stand vor dem Kriege, der damals schon ganz gewiß sehr niedrig war — auch nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, was nur höchste Arbeitslosigkeit nach sich ziehen würde, sondern bei dem Gewinn und Profit. Die Folgen der aufwendenden Produktionsweise zeigen, wie ungesund die Situation aus der menschlichen Arbeitskraft in Gefahr stehen, die im Kampf der Profiteure und Kapitalisten eben, die die hungernden Arbeitermassen der Verpöflung nahe sind.

land, kann nur durch eine neue Gesellschaftsordnung überwunden werden, durch den Sozialismus. Der Sozialismus kann nicht mit dem Knüttel durchgeführt werden. Eine denkende, selbständige Arbeiterklasse, die sich in gegenseitigem Vertrauen und Achtung begegnet und sich im großen Endziel einigt ist, wird die Entwicklung zum Sozialismus bewußt fördern können und somit den Leidensweg des Proletariats abkürzen. Der Sozialismus bedingt Denken und Verstand. Derjenige Arbeiter, der sich in die Zeitprobleme vertieft, nicht nur ein gedankenloser Nachlefer von Parolen ist, wird entsteht sein, wie hoch die bürgerliche Gesellschaft und wie armselig sich ihre Politiker zu den Zeitfragen stellen.

Die Arbeiterklasse muß sich aufrufen, Versäumtes nachzuholen und sich das geistige Rüstzeug schaffen, um entscheidend in die Geschichte des deutschen Volkes eingreifen zu können, damit es ein Ende mit den bürgerlichen Eliten und der Zentrumsherrschaft hat.

Die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M., ein Denkstein der deutschen Arbeiterbildungsbewegungen

Von Paul Weh, Köln.

Unser alter Vorkämpfer Wilhelm Liebknecht prägte vor mehr als einem Menschenalter in Dresden den Satz: „Wissen ist Macht und Macht ist Wissen!“ Diese Worte wurden zum Leitmotiv der aufwärtsstrebenden Arbeiterklasse. Die Organisationen der Arbeiter haben in allen Städten Deutschlands, je nach dem Ausmaß ihrer Leistungsfähigkeit, es sich immer angelegen sein lassen, den Drang der Arbeiter nach Wissen und Erkenntnis, nach Bildung des Geistes, dem Suchen nach Wahrheit und Klarheit, zu pflegen und zu fördern. In den von den Verbänden oft großzügig angelegten Bibliotheken, in den Fachzeitschriften und sonstigen Zeitschriften haben sie den Grundstein dazu gelegt. In unzähligen Versammlungen, in Kursen, Diskussionsabenden, in selbstgeschaffenen Bildungsvereinen war schon jahrelang vor dem Kriege ein reges Leben. Alles wurde geschaffen aus eigener Kraft. Der Proletarier erlitt nach 10- bis 12stündiger harter Tagesarbeit aus Schweiß und Mühe, aus Verzicht und Bauhof, um der Bildungsarbeit teilhaftig zu werden. So war es vor dem Kriege. Nach der Revolution kamen auch weitere Kreise der Intelligenz nach und nach zur Erkenntnis, daß zu dem Wissen auch das Können gehört. Immer mehr drang, nicht allein in Arbeiterkreisen, die Erkenntnis durch, daß Kopf- und Handarbeit zusammengehören, einander näher kommen müssen, von einander lernen und sich ergänzen müssen, wenn wir aus dem heutigen Elend heraus wollen und unser Volk kulturell von Stufe zu Stufe vorwärts gebracht werden soll.

So haben wir die verschiedenartigsten Bildungsstätten ausreifen. Akademische Kurse, Volkshochschulen wurden geschaffen, Arbeiterseminare und Betriebsrättschulen errichtet und jetzt, als Krönung der Bildungsbestrebungen sehen wir eine Akademie der Arbeit entstehen. Träger der Wissenschaft und der Handarbeit schufen unter großen Schwierigkeiten dieses Denkmal der Arbeiterbildung. Die preussische Regierung und die Stadt Frankfurt stellten der Universität Geldmittel zur Verfügung und von den Arbeiterorganisationen wurden unter erheblichen finanziellen Opfern die Teilnehmerzahl gestellt, um das Problem der Vereinigung des Wissens und des Könnens zu verwirklichen. — Ueber die Schwierigkeiten, die beseitigt werden mußten, um den Bestand der Akademie zunächst für ein Jahr zu sichern und über den abgeschlossenen Vertrag mit der preussischen Regierung ist näheres durch den Kollegen Dikmann in der Betriebsrättszeitschrift geschrieben worden. Wir nehmen deshalb Abstand, hier darauf näher einzugehen. Am nächsten Interessent muß der Aufbau und die Lernmethode.

Die hauptamtliche Tätigkeit übernahmen vier Dozenten, nebenamtlich lehren Dozenten der Universität über Fachgebiete. Als Lehrgänge kommen in Betracht: 1. Arbeiterrecht und Rechtsordnung, Betrieb und Volkswirtschaft, Organisation und Gesellschaft, Presse und Schrifttum, Theorie und Weltanschauungen. Nebenher hat jeder Hörer noch Gelegenheit in den Abendstunden ein Wahlfach, englische und französische, oder russische Sprache, Buchhaltung, Stenographie, Radfahren oder Materialkunde zu lernen. Der Lehrgang dauert neun Monate. Der Unterrichtsstoff ist so reichhaltig, daß es außerordentlich anstrengungen von Lehrern und Schülern bedarf, um das festgelegte Ziel zu erreichen. Der Unterricht findet vor- und nachmittags statt. Die Lehrmethode ist eine andere als in der Hochschule. Jedes Fach wird in sich abgeschlossen behandelt, so daß die Hörer ihr eigenes Denken eine bestimmte Zeit allein auf ein Wissensgebiet konzentrieren können. Im Monat Mai wurde als erstes Fach Arbeiterrecht und Rechtsordnung gelehrt. Täglich finden durchschnitlich vier Vorlesungen statt.

Es dozierten: Professor Singheiser, Dr. R. Michel, Dr. Rosenfeld (Leiter der Akademie), Dr. Levi. Alle Mitarbeiter, Hörer und hauptamtliche Dozenten besprechen gemeinsam die Vorlesungen. Anschließend an die Vorlesungen kommen die Hörer in drei Gruppen, die bei Beginn des Semesters zusammengestellt wurden, zusammen und behandeln an Hand der praktischen Lebenserfahrungen der einzelnen Teilnehmer, den Stoff in gemeinsamer Aussprache mit den für jede Gruppe bestimmten Dozenten. Dadurch wird das in den Vorlesungen Gehörte noch jeder Richtung hin gefestigt und geflärt.

Neben den Vorlesungen und gemeinsamer Gruppenarbeit werden als 2. Form selbständige Studiengruppen (3 bis 10 Mann) gebildet, die nach eigenem Ermessen ihnen besonders zugewandene Arbeitsgebiete besonders pflegen. Die Leitung der Akademie schreibt darüber:

Die geistige Arbeit der Akademie baut sich im Gegensatz zu allen anderen Schulen und Hochschulen auf die Lebenserfahrung des einzelnen Hörers auf, die sich vor allem auf Erfahrungen weltlicher Art (Lernprozess, Betriebsrättsgesetz, Schlichtungsverfahren), wirtschaftlicher Art (Betriebs- und Volkswirtschaft), politischer Art (Partei und Staat), erstrecken. Jeder, der zur Akademie kommt, steht außerdem schon auf ein weites, reiches geistiges Leben und Schicksal zurück. An die Erfahrung und dies Schicksal wendet sich die Lehre. Auf diesem festen Grund und mit den Anschauungen, die ihm erwachsen, wird jeder der Hörer an dem Werte eigener geistiger Schöpfung arbeiten, der des Jahr gewinnt ist.

Die Erfahrungen der Rechte, der Wirtschaft, der Politik, des sonstigen geistigen und weltlichen Lebens werden in abgeschlossenen Zeiträumen ruhig und stetig durcharbeitet werden. Jeder Hörer ist ganz einem Gebiete zugewandt, ein Herpflichten des Interesses unterstellt. Die Erfahrungen werden im Bereiche wissenschaftlicher Theorien der einzelnen Gebiete erörtert, die von Fachwissenschaftlern dargestellt werden, der Jurist lernt Recht, der Volkswirtschaftler Volkswirtschaft, der Politiker Politik. Neben der Arbeit, die der einzelne Hörer zu leisten hat, läßt die fünfjährige gemeinsame Arbeit der Dozentenklasse, den weiteren Verlauf der Richtung des Jahres zu bestimmen. Den Gehörten geistigen Reichtum eines solchen Unternehmens widersteht es, Lehr- und Studienplan bis in alle Einzelheiten auf lange Zeit im Voraus festzulegen.

Während die Leitung und die beratenden Stellen der Organisationen ihre Funktionen verwirklichen kann? Diplome und Zeugnisse werden nicht erteilt und schließlich auch nicht erwünscht. Das Zeugnis des Scheiterns und der Hörer kann, als geistige Intelligenz, auch nicht als ein Nachteil sein. Also muß ein Ausweg geschaffen werden. Leitung und Verantwortung sind der Aufgabe, daß deshalb eine Zeitlang geschaffen werden sollte, die in der zwei Semestern 4 bis 5mal ergebnisreich sein sollte. In der letzten die Erfahrungen der Hörer und Abhandlungen über die schon gelehrten Wissensgebiete durch die Hörer verarbeiteten werden. So würde allen interessierten Kreisen Gelegenheit gegeben, sich zu informieren, inwieweit die Akademie der Arbeit die geistigen Voraussetzungen zu erfüllen in der Lage ist. Entspricht das hat gelehrte den Aufgaben, dann möchte die Prüfung gesichert sein.

Die Akademie der Arbeit hat zurzeit 75 Hörer. Davon gehören 52 den freien Verbänden und der Afa an, von diesen 16 unserer Betriebsleute. Die übrigen 23 gehören Arbeiterpartei oder Jung-Genossen Bewegung an, jedoch sie nicht formalen Verbänden angehören.

Ein feierlicher Hörausschluß, von dem 5 Kollegen der freien Verbände und der Afa angehören, regelt alle Beziehungen, die sich aus dieser Arbeitsgemeinschaft ergeben, gemeinsam mit dem Leiter der Akademie in wöchentlich einmal abzuhaltenden Sitzungen.

Wie ist nun das Verhältnis der Hörer der Akademie gegenüber der Universität und ihren Hörern? Die Akademielehrer gelten als Hörer der Universität und können daher alle Universitätsvorlesungen unter denselben Bedingungen wie alle Hörer besuchen. (Allerdings wird dazu bei dem umfangreichen Lehrstoff der Akademie, die Zeit ist von früh morgens bis abends festgelegt, leider kaum Zeit zum Besuch anderer Vorlesungen überbleiben.) Sie haben auch das Recht, alle Einrichtungen der Universität Bibliothek, Lesesaal, Schreibzimmer, Museen usw. zu benutzen. — Ob irgendwelche gesellschaftliche oder persönliche Beziehungen zwischen den Besuchern beider Bildungstätten sich ergeben werden, mag die Zeit lehren. Zunächst beschränkt sich auf eine gemeinsame Arbeit einer ansehnlichen Zahl von Studenten und Akademielehrern, die Professoren Einzelzimmer leitet, und sich mit der Materie der Vorträge richtig zu lesen und durchzubringen befaßt; und mit der Ermahnung der Mittags- und Abendmahlzeiten in gemeinsamen Räumen. Letzteres ergibt sich daraus, daß der größte Teil der Akademielehrer der Wirtschaftsgenossenschaft der Universität beigetreten sind.

Zum Schluß mag noch gesagt sein, daß sich die Teilnehmer der Akademie ihrer Verantwortung den Organisationen gegenüber bewußt sind. Eine schwere Aufgabe ist ihnen übertragen, viel Schaffensfreude haben sie für deren Lösung mitgebracht. Sie werden alles tun, um die Akademie, in deren Bestand ein großes Stück des Aufbaues eines neuen Deutschlands liegen kann, zu fördern und zu sichern. Ob das gelungen ist und ob die Hörer das Rüstzeug erhalten was sie sich wünschen, darüber wird am Schluß des Semesters die Hörerschaft allgemein gehört werden müssen.

Die Arbeitslage in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie

Für die Woche vom 15. bis 22. Mai sind 702 Berichte für 26816 Betriebe und 195164 Arbeiter eingegangen. Das Ergebnis der Berichtarten ist folgendes:

Table with 4 columns: Berichtswache, Betriebe, Arbeiter, Gesamt. Rows: Vollbeschäftigt, Stillgelegt, Kurzarbeit.

Gegen die Vorwoche ist die Zahl der Kurzarbeiterbetriebe ziemlich gleich geblieben, die Zahl der Kurzarbeiter ist weiter gestiegen. Wie sich die Zahl der Kurzarbeiter erhöht hat, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Table showing percentage changes in Kurzarbeiter numbers for weeks from April 3 to May 22.

Die Gesamtzahl der erfassten Arbeiter und die Arbeitslage in den Berichtswochen in den einzelnen Bezirken geht aus folgender Aufstellung hervor:

Table with 10 columns: Bezirk, Betriebe, Arbeiter, Kurzarbeiter, etc. Lists various regions like Rönigsberg, Stettin, Breslau, etc.

Die Zahl der Beschäftigten in der Kurzarbeit ist gegenüber der Vorwoche in dieser Woche, die Kurzarbeiterzahl ist ganz erheblich größer als im Vergleich mit mehreren Orten, ein Teil der Vermaltungen erschwert sich, eine Beseitigung der beobachteten Drang erfolgt nicht.

Die Bezirke Bielefeld, Köln und Nürnberg haben der Vorwoche gegenüber eine weitere erhebliche Steigerung der Kurzarbeiter erfahren. Ein Rückgang trat in den Bezirken Breslau, Halle, Hamburg und Frankfurt ein. In den anderen Bezirken blieb die Lage ziemlich die gleiche wie in der Vorwoche.

Das Ergebnis der Erhebungen über die Dauer der Kurzarbeit ist in folgenden Zahlen enthalten. Es arbeiteten:

Table with 4 columns: Stunden, Betriebe, Arbeiter, Kurzarbeiter. Rows: 42 bis 45, 36 bis 41, 32 bis 35, 24 bis 31, unter 24.

Von den gezählten 1658688 Betriebsmitgliedern waren 60516 arbeitslos, 149918 Kurzarbeiter. Davon in Berlin arbeitslos 16680, Kurzarbeiter 8768. Auf je 100 Mitglieder entfallen in der

Table showing percentages of unemployed and part-time workers relative to total members for weeks from April 3 to May 22.

Die Zahl der Empfänger von Reichsarbeitslosenunterstützung betrug 28652 (Vorwoche 29345). Die vom Verband für Arbeitslose in der Berichtswache ausgegebene Unterstützungssumme betrug 457643 M. (Vorwoche 480443 M.).

Schläge nur mit der Wänschelrut an die Fellen der Herzen an; ein Schlag in jedem Busen ruft, den ein Verstandiger heben kann. Friedrich Schiller

Revolutionen lassen sich nicht aus dem Stegreif machen, wir erfahren dies heute nur zu sehr. Um eine Gesellschaft zu beleben, um aus einer von langer Hand zur Knechtschaft erzeugten Menge eine intelligente, freie und gerechte Nation zu machen, dazu reichen politische Veränderungen nicht aus; sogar die Erhebung genügt nicht, dazu bedarf es einer Regeneration von Fleisch und Blut. Pierre Proudhon

Sitzung des erweiterten Beirats

vom 26. bis 28. Mai 1921.

Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht über die gegenwärtige Lage.
2. Bezirks- und Reichs-Arbeiter- resp. Wirtschaftsräte.
3. Der Verbandstag in Jena.
4. Der internationale Metallarbeiterkongress in Bern.
5. Unser Verhältnis zu anderen Organisationen.
6. Berufs-Konferenzen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung entspinnt sich eine Debatte über die Zulassung der Berliner Delegierten Zeiner und Schumann. Gegen diese Kollegen ist das Ausschlußverfahren eingeleitet, somit haben ihre Rechte und Pflichten.

Letzteres wollten die davon Betroffenen nicht gelten lassen und wiesen zur Begründung auf vermeintliche Verstöße gegen Statutarische Bestimmungen hin. Die vom erweiterten Beirat an den Vorstand verwiesene nähere Prüfung der Beschwerden ergab jedoch einwandfrei, daß gegen beide Kollegen das Ausschlußverfahren nach Schwere. Ihre Teilnahme an der Sitzung des erweiterten Beirates konnte daher nicht in Frage kommen.

Auffe-Wiesefeld schlägt vor, daß bei dieser Tagung auch über die Entscheidung an die Teilnehmer der Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. gesprochen wird. Dem wird zugestimmt.

Ueber Punkt 1 der Tagesordnung berichtet der Kollege

Dismann - Stuttgart und führt etwa folgendes aus: Wir haben uns mit der Wirtschaftskrise wiederholt beschäftigt. Die Krise hat sich verschärft. Die Entscheidung der Entente bezüglich des Ultimatum und unsere Zustimmung zu demselben ist von höchster Bedeutung. Die Wirren in Oberschlesien sind auch eine erste wirtschaftliche Gefahr. Die Arbeiter müssen diese Dinge wieder in erster Linie durchdenken. Wir sind mit ganzem Herzen bei den Arbeitern Oberschlesiens, die zum Teil in langjährigem Kampfe mit uns Schulter an Schulter gegen die Feinde des Proletariats gekämpft haben und nun dem ganzen Ansturm nationalistisch aufgesetzter Elemente ausgesetzt sind. Die Folgen, die bisher schon eingetreten sind, sind für unsere Wirtschaft ruinierend. In welchen deutschen Gebieten mangelt schon die Kohlen. Auch nach dem 1. Mai nach Annahme des Ultimatum hat sich die Krise nicht gebessert. Im Industriegebiet des Westens wirkt die Zollgrenze äußerst schädigend. Wenn im Laufe des Sommers keine Besserung eintritt, haben wir einen sehr schlimmen Winter zu erwarten. Wir haben uns wirtschaftlich und gewerkschaftlich wiederholt mit der Wiedergutmachung beschäftigt. Das betreffen u. a. die Vorschläge der Tagungen von Amsterd. Anstatt der Anwendung von Gewalt, soll Verständigung eintreten. Das ist der Wille der internationalen Arbeiter. Auch in den Ländern der Entente haben sich die Arbeiter mit den Amsterdamer Beschlüssen einverstanden erklärt. Die Wiederaufbauarbeit muß erfolgen mit Hilfe der deutschen Arbeiter. Wir können Arbeitskräfte stellen in den zerstörten Gebieten, können für den Wiederaufbau zerstörter Straßen, Bahnen, Häuser, Fabriken, Gruben usw. Material, Werkzeuge, Maschinen u. liefern. Sachgemäße Verhandlungen haben eingeleitet. Ich weise u. a. auf den Bau von 25 000 Häusern hin. Wenn auch die Wirtschaftskrise damit nicht beseitigt werden kann, so ist doch eine Milderung zu erwarten. Der Vorstand hat bei allen diesen Arbeiten kräftig mitgewirkt. Die Krise herrscht aber nicht allein in Deutschland, in andern Ländern ist es zum Teil noch schlimmer. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben die deutschen Gewerkschaften an die Reichsregierung die bekannten zehn Forderungen des A. D. G. B. gestellt. Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Beschaffung von Arbeit haben die Parteien der S. P. D. und U. S. P. D. die Forderungen des A. D. G. B. als gemeinsame Aufgabe im Reichstag gestellt. Ob wir mit diesen Anträgen Erfolg haben, hängt von der Stellung der bürgerlichen Parteien ab. Unsere Vorschläge sind dem volkswirtschaftlichen Ausschuss übergeben. Unsere Vertreter müssen alle Kräfte einsetzen, um diese Vorschläge durchzuführen.

Vor einigen Monaten erklärte die Regierung, daß für 16 Milliarden Staatsausgaben vom Reichspost- und Reichsverkehrsministerium auszugeben werden könnten. Diese Summe war stark übertrieben worden. Wir haben alles getan, um eine Milderung von Organisationsbestritten bei der Ausgabe und Beschaffung von Arbeitsaufträgen im Verkehrsministerium zu erzielen. Grundsätzlich ist erreicht worden, daß bei Vergabe von Staatsaufträgen und Verteilung der Arbeit kein Vertreter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mitwirkt, und zwar sowohl im Reichsverkehrsministerium wie am U. S. P. D. eines jeden Eisenbahnbetriebsbezirks. Dagegen haben sich die Unternehmer entschieden gekehrt. Sie haben bei den Verhandlungen erklärt, daß das die Arbeiter nicht angehe. Sie wollen eben verhindern, daß ihnen die Arbeiter in die Karten schauen. Wir haben aber trotzdem durchgesetzt, daß in dieser Frage die Mitwirkung von Vertretern der Arbeiter gesichert ist. In der Zentral- wie in den einzelnen Eisenbahnbetriebsbezirken können unsere Vertreter mitreden. Die erste Rate der Ablieferung von 5000 Lokomotiven usw. an die Entente ist abgeschlossen. Neue Forderungen der Entente sind abzuwarten. Wissen neue Lieferungen erfolgen, dürfte es die Arbeit haben. Bei Staatsaufträgen beobachten wir wiederholt die Erscheinung, daß Unternehmer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu machen versuchen, hinwelfend darauf, daß der Staat billiger Arbeit verlange. Sie „vergessen“ dabei, daß es sich dabei nicht um einen Abzug des Lohnwertes handelt, sondern um eine Überwälzung von Generalaufkosten, die die Unternehmer vielfach in übermäßiger Höhe den Lohnsummen hinzusetzen. Die Unternehmer möchten jedoch die durch solche „Generalaufkosten“ erzielten besonderen Profite nicht müssen und versuchen kaum an den Arbeitssöhnen sich schadlos zu halten. Dagegen machen wir Front. Der Reichstag hat insgesamt 12 Milliarden als Abfindung der Handelsflotte bewilligt. Diese Summe soll gleichzeitig zum Ausbau der Handelsflotte dienen. Nun ist uns aber berichtet worden, daß in den Werften anstatt verfertigt, verkürzt gearbeitet werden soll. Gegen solche Sabotageversuche der Unternehmer muß die Arbeiterschaft geschlossen vorgehen und allen Streik befehlen lassen. Wir sind mit allem Nachdruck dafür eingetreten, daß bei der Bildung der verschiedenen Ausschüsse auch Arbeiter vertreten sind, die bei der Überwachung beim Bau, sowie der Verteilung der Arbeit des Kaufmanns der Handelsflotte mitarbeiten. Entschieden haben wir uns gegen die Verteilung der Arbeiterwohngeldarten gewehrt. Dazu kommen fortwährend Mietsteigerungen und weitere Leistungen im Haushalt. Schwere Kämpfe haben uns bevor. Erfolgreich können wir diese Kämpfe nur durch vollste Geschlossenheit führen. Die Beschäftigungsversuche in unseren Reihen müssen aufhören. Unsere Kollegen sind in der gewerkschaftlichen Arbeit zu schulen. Es muß uns in absehbarer Zeit gelingen, dem organisationszerstörenden Treiben Einhalt zu gebieten, wenn wir die vielen und großen Aufgaben lösen wollen, die täglich an uns heranrücken. Unsere Gegner sind alljährig. Auch die Geistlichen entfalten eine besondere Tätigkeit. In der Hauptstadt wird der Missionarismus für unsere Gegner aus den eigenen Reihen geliefert. Der Kampf gegen die gegnerischen Organisationen muß in schärfster nachhaltiger Aufklärungs- und tatkräftiger Mitarbeit unserer Mitglieder geführt werden.

Der Vorstand hat vor der Teilnahme unserer Mitglieder an der Reichskonferenz der Metallarbeiter, einberufen von der S. P. D. - Fraktion, eindringlichst und frühzeitig gewarnt. Nach den Beschlüssen des erweiterten Beirates ist gegen die Teilnehmer, welche trotz unserer Warnung an der Reichskonferenz teilgenommen haben, das Ausschlußverfahren eingeleitet und durchgeführt worden. Sogar ein Vorstandsmitglied hat in offener Proklamation an dieser Konferenz teilgenommen und ist der Vorstand auch gegen diesen nach dem gefassten Beschlüssen verfahren.

Die Vorgänge in Halle, Solingen, Opladen, Remscheid und anderen Orten sind bekannt. Alle diese Dinge, die sich dort abspielen, sind Wasser auf die Mühlen der Unternehmer und erklären deren egoistisches Vorgehen. In Halle ist man jetzt dazu übergegangen, unter Bekämpfung aller durch das Statut bedingter Maßnahmen des Vorstandes, eigene Mitgliedsbücher und besondere Beitragsmarken herauszugeben. Das ist nichts anderes, als die Gründung einer neuen Organisation.

In der Stuttgarter Verwaltung haben sich ebenfalls anhaltbare Zustände entwickelt. Der Vorstand war gezwungen, nach dem bei ihm eingereichten Bescheid, die von der Stuttgarter Verwaltung nicht entkräftet werden konnten, einzuziehen, und durch ein einmündiges Wahlverfahren zum Delegiertenkörper der Verwaltung ein halbtages, geordnetes Arbeiten in der Stuttgarter Verwaltung zu ermöglichen. Auf die tolen, persönlichen Beschimpfungen gegen uns gehe ich nicht ein. Solche Verunglimpfungen treffen uns nicht.

Der Verband der Schiffszimmerer hat kürzlich auf seiner Generalversammlung gegen 8 Stimmen abgelehnt vor dem nächsten Gewerkschaftskongress eine Entscheidung in der Beschäftigungsfrage zu treffen: Eine andere Organisation wird auf einer demnächst tagenden Konferenz über ihren Anschluß an den D. M. B. entscheiden. Der Verband der Optikergehilfen hat seinen Anschluß an unsere Organisation vollzogen. Der Vorstand ist stets bemüht, auf allen Gebieten den Interessen des Verbandes zu dienen.

Hoffmeister - Katowitz schildert die ober-schlesischen Zustände. Kurz nach der für Deutschland günstigen Volksabstimmung erschien ein von Porfanty verfaßter Aufruf, der zu den Waffen rief. Dieser Aufruf war sehr gut militärisch organisiert. Die schlesischen Industriestädte sind blockiert und ohne Ausweis kommt niemand mehr durch. Die Aufständischen sind mit den Franzosen innig verbunden. Es ist sicher, daß die Franzosen und der General Berond den Aufständischen Hilfe gewährt. Der Aufruf ist nationalsozialistischen Charakters. Die Aufständischen gehen gegen die deutschen Arbeiter in der eigentümlichen Weise vor und schonen weder Weiber noch Kinder. Schwere Kämpfe haben stattgefunden und viele sind getötet worden. Es ist ersichtlich, wenn man sehen muß, wie Arbeiter gegen Arbeiter kämpfen im Interesse der Kapitalisten. Die Eisenbahner haben den Streik erklärt, nachdem die Polen die Bahnstöße besetzt haben. Die Truppen der Entente erklären, sie können die Ordnung nicht schaffen, weil sie militärisch zu schwach seien. Die Vertreter der Gewerkschaften haben den Arbeitern geraten, die Arbeit aufzunehmen. Das hat auch Porfanty getan. Als aber die Arbeiter die Arbeit aufnehmen wollten, wurde von den Insurgenten auf sie geschossen. Die Franzosen hätten am 3. Mai den Aufruf leicht niederzuschlagen können, aber sie haben das nicht getan aus politischen Gründen. Sie wollen die deutschen Arbeiter zur Verzweiflung treiben, daß sie sich gewaltsam wehren, um daraufhin das Ruhrgebiet und Oberschlesien besetzen zu können. Die

Wer die Streiks für unrecht und sündhaft erklärt, der weiß entweder nicht, daß der Klassenkampf schon lange vor den Organisationen der Streiks, nur in viel roherer und gefährlicherer Form existierte, oder er ist nur mit der offenen Kampfweise nicht einverstanden, während er nichts gegen den stillen Antagonismus (Widerstreit) der Klassen mit all seinen Grausamkeiten einzuwenden hat. Das erstere wäre eine schwer verzeihliche Unwissenheit, das andere eine Brutalität. Der Klassenkampf existiert. Er war da von dem Augenblick an, wo Unterdrückte unter der Herrschaft von Unterdrückten standen. Daß ihn die Sozialdemokratie an die Öffentlichkeit gezogen und systematisiert hat, das ist gerade ihr großes Verdienst, dem man am allerwenigsten revolutionäre Kritik vorwerfen kann. Die Gegenstände sind demnach, daß der Kampf nicht nur notwendig, sondern geradezu eine Sache der Humanität geworden ist. Ein Klassenkampf des Kampfes von seiten der Arbeiter würde für sie nichts anderes bedeuten, als das Zurückfallen in die alten Ketten des Elendens; denn der Klassenkampf gibt nicht nach. Nur wenn er muß, läßt er mit sich reden.

Platz der Arbeiter, die müssen. Verlag Hermann Weyher, Weimar 1921.

ober-schlesischen Arbeiter sind seit einer Woche ohne Lohn. Dagegen besteht Mangel an Nahrungsmitteln und es ist eine gewaltige Preissteigerung eingetreten. Das Wasser wurde von den Aufständischen abgepumpt und nur mit Mühe und Not sind die Gemeinden in der Lage, die Bevölkerung notwendig mit Wasser zu versorgen. In den letzten Tagen wurde von den Übergrößen Westphalens der Arbeitslohn wieder ausgenommen. Es wäre leicht, der Insurgenten Herr zu werden, wenn die Franzosen nur wollten. Wenn nicht das Hilfe kommt, reicht die Industrie zusammen. Was dann kommt, weiß kein Mensch. Nun sollen die Engländer in großer Zahl einmarschieren. Ob sie Ordnung schaffen, müssen wir abwarten. Es ist festzustellen, daß die Kommunisten mit den Polen stark sympathisieren und ihnen Hilfe leisten. Die Bergarbeiter sind zu 75 p. S. polnisch und nur 25 p. S. im Deutschen Bergarbeiter-Verband organisiert. Dagegen sind die Hüttenarbeiter durchweg Mitglieder im Deutschen Metallarbeiter-Verband. Die polnischen Elemente haben erklärt, daß sie alles gestört, wenn Schloßen nicht polnisch wird. Dem stimmen die polnischen Organisationen zu. Die führenden Männer der Industrie sind verschunden. Das alles so gekommen ist, ist in der Hauptsache auf die rührere Gewaltpolitik der ober-schlesischen Industriellen zurückzuführen. Inwieweit die Gewerkschaften in der Lage sind, einzugreifen und Hilfe leisten zu können, darüber sollten sie heute ihre Meinung zum Ausdruck bringen.

Edert-Berlin: Die Krise wird sich weiter verschärfen, wenn die Ententisten sich ausweiten. Was die Amsterdamer Internationale gegen die Krise zu tun gedenkt, hat uns Dismann gesagt. Die Pläne des Wiederaufbaus können die belgischen und französischen Unternehmer ab. Ebenso scheint Amerika nicht geneigt zu sein, deutsche Waren zu kaufen. Die Verwirklichung der Wiederaufbaupläne wird nur den deutschen Kapitalismus stützen. Die 10 Forderungen des A. D. G. B. sind sehr schön, aber sie helfen hat man nichts getan. Die Kommunisten gesplitteten die Gewerkschaften nicht und sind gute Gewerkschafter. Wenn man natürlich solche Umwagungen trifft wie der Gewerkschaftsband und zur Bahrung des Mitgliederbestandes, dann verhindern diese jedwede erfolgreiche Aktion. Die inneren Zustände im Verband sind verursacht durch die eigentümlichen Maßnahmen des Vorstandes, die das Mitgliedschaftsrecht des Mitgliedes ausschalten. Die Teilnahme an der Reichskonferenz ist kein Verbrechen. Die Massenauflösungsverfahren, die der Vorstand einleitete, sind eine Schädigung des Verbandes und ebenso die Unbuddsamkeit, die der Vorstand übt. In Halle hat man Gewaltmaßnahmen angewandt. Daß man dort eigene Streiker eingeschleppt hat, ist sehr verständlich, wenn man die Kollegen beiseite schiebt. Ueber alle diese Dinge wird der Verbandstag entscheiden. Die Fraktionsbildung ist vom Verbandstag anerkannt und das gute Recht der Kommunisten. Das Korrespondenzblatt des A. D. G. B. empfiehlt auch die Rechte der Delegierten nach politischen Gesichtspunkten und die U. S. P. und S. P. D. machen es ebenso. In der ober-schlesischen Frage habe ich für nötig, daß die Kämpfe gegen die deutschen und polnischen Kapitalisten und nicht der Arbeiter untereinander geführt werden. In diesem Sinne müssen wir auf die Arbeiter wirken.

Richter-Götze: Bei den Ententisten müssen wir fragen, wie sie auf den Achtstundentag wirken. Am Achtstundentag müssen wir mit allen Mitteln festhalten, trotzdem die Unternehmer schon daran sind, gegen denselben anzukämpfen. Die Not der Arbeiter müssen wir mit allen Mitteln bekämpfen. Bei dem Ausschlußverfahren gegen Teilnehmer an der Reichskonferenz muß geprüft werden, ob die Reichskonferenz verbandsbildend gewirkt hat. Das ist nach meinen Kenntnissen nicht der Fall. Im Gegenteil hat die Reichskonferenz aufklärend gewirkt. Bei dem inneren Verbandswirren ist es schon soweit gekommen, daß man die Hilfe der bürgerlichen Gerichte in Anspruch nimmt. Den Unionisten müssen wir wieder die alten Rechte gewähren. Wie stellt sich der Vorstand dazu? Dagegen können die Führer ruhig abgeschlossen bleiben.

Engelke-Stettin: Die Arbeiter sind in den letzten Jahren mehr ausgebeutet worden als je und jetzt sollen sie noch auf Grund des Ultimatum für den Ententekapitalismus kämpfen. Dazu kommt noch die Parole, Abbau der Löhne und auch die aufständische Arbeitszeit soll befristet werden. Da können wir nur helfen durch geschlossenen Aktion. Der A. D. G. B. hat trotz Hilfe von Seiten der bedrückten

Arbeiter nicht helfen können. Auf dem Reichskongress der Kommunisten ist auch nicht gesagt worden, „aus der Organisation“. Im Gegenteil erweist das Protokoll, daß für den Verband gearbeitet worden ist. Da sind Ausschlußverfahren unzulässig. Die kommunistische Partei sympathisiert meines Wissens auch nicht für die Polen. Wenn Sie ehrlich sind, dann müssen Sie sagen, jeder Kommunist wird ausgeschlossen.

Brandes-Stuttgart: Hoffmeister sagte mit Recht, daß einem das Herz bluten muß, wenn man mit ansieht, wie in Oberschlesien Arbeiter gegen Arbeiter aus nationalistischen Gründen kämpfen. Noch schlimmer empfindet man dies aber auch bei dem Kampf der sozialistischen Arbeiter untereinander. Bezüglich der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muß alles getan werden, den Kollegen zu helfen. Unser Einfluß auf den Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbund und in den Parlamenten wird in vollem Maße angewendet werden, um Besserung zu schaffen. Wir müssen jeden Fehler der Unterdrückten ablehnen, müssen durch Ueberzeugung die noch Fernstehenden gewinnen. Es ist bemerkt worden, im Falle Halle sei der Vorstand unbuddsam gewesen. Als war der Vorstand buhämiger und nachsichtiger, als im Falle Halle und ist dem Vorstand der Vorwurf gemacht worden, daß er viel zu spät eingegriffen habe. Erst als die Dinge unheilbar geworden waren, wurde eingegriffen.

Die Tätigkeit Beyer war ein fortwährender Verstoß gegen die Bestimmungen des Statuts. Auch in finanziellen Dingen sind Unregelmäßigkeiten vorgekommen und die Anweisungen des Vorstandes wurden sabotiert. Die Ueberweisung von Geldern an außerhalb der Organisation stehende Instanzen wurde ohne Zustimmung der Ortsverwaltung und Generalversammlung angeordnet und deren Zustimmung erst nachträglich eingeholt. Für die Streckenden in Leipzig gesammelte Gelder sind nicht abgeliefert worden. Aus allen diesen Gründen war es Pflicht des Vorstandes, in Halle einzugreifen. Entgegen den Bestimmungen des Statuts sind in Halle die persönlichen Streikigkeiten in infamster Weise in den Versammlungen mitgetragen worden. Bei meiner persönlichen Anwesenheit in Halle schien es erst, als ob eine Verständigung möglich sei. Als ich aber die Schlichtung zum Verhandlungsprotokoll verlangte, gab es Schwierigkeiten. Erst als Gerichtsbeschluß in der Sache vorlag, räumten sie das Feld. Sie haben die Statuten und die Mitgliedsbücher mitgenommen. Das sind lauter große Verstöße gegen die statutarischen Bestimmungen. Wie Gelder da noch von Unrecht des Vorstandes reden kann, ist nicht zu verstehen. Unsere Handlungsweise richtet sich nicht gegen Beyer an sich, sondern gegen die Herren der Organisation. Das wir uns mit bürgerlichen Gerichten herumdrücken, ist nicht die Schuld des Vorstandes. Das Dismann nicht über die Beziehungen zur Bekämpfung des Achtstundentags gesprochen hat, und was wir uns dazu stellen, ist erklärlich und eine Angelegenheit über solche Streitigkeiten in dieser Körperschaft nicht nötig. Es wäre jeder, der den Achtstundentag für uns unantastbar ist. Wenn der Vorstand heute noch unerschütterlich besteht, ist es nicht möglich auch das Bestehen des Vorstandes, nicht ohne das des Roten Kampfes.

Fink-Wertheim: Es ist zu fragen, ob wir bei den Betriebsräten noch nicht mehr Gelegenheit zu praktischer Arbeit geben können, als das bisher geschehen ist. Ich gebe zu, daß Dismann auf diesem Gebiet voll seine Pflicht getan hat. Die Arbeit der Betriebsräte ist schwierig und besonders die Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse erfordert ihre Arbeit ganz außerordentlich. Es ist höchste Zeit, die realistische Tätigkeit der Schlichtungsausschüsse zu betonen. Die Beratungen und Richtlinien gegenüber den Arbeitern müssen so rasch wie möglich den Betriebsräten überreicht werden, damit sie bei ihrer Tätigkeit davon Nutzen ziehen können. Eine Beschränkung ist ein juristisches Ding einzuwickeln, damit es kein Verbrechen gegeben werden kann. Die Tätigkeit der Kommunisten ist nicht harmlos, als sie hier von einigen Rednern gescholten werden ist.

Edert-Berlin: Kropfen ist Mitglied des A. D. G. B. Ich habe ich jederzeit meine Geduld im Verband gezeigt. Ich bin nicht richtig, daß ich die Tätigkeit Beyer im Verband nicht gut finde, doch nicht annehmen, daß 5000 Kollegen dem Kollegen Beyer zu laufen, wenn kleine Gebilde gegen ihn vorliegen. Wie ist es zu haben, wenn die gesamte Mitgliedschaft die zum Verbot des Beyer kommen bleibt und der Verbandstag einseitig entscheidet. Ich habe die Dinge nicht so klar, als Brandes sie geschildert hat. Die Sache ist es zu diesen bedauerlichen Vergehungen nicht zu kommen. Brandes hat hier Fühlung mit der Reichsgewerkschaftszentrale gesucht und bei Edert selbst Mitglied dieser Körperschaft ist, was er hat wissen. Nun will Beyer ein ähnliches Experiment bei den Ortsarbeitern in Halle und in Paderborn machen, aber die Kommunisten haben selbst abgelehnt, da mitzumachen. Heute, die so handeln, brauchen man nicht mehr ausschließen, sie sollen sich selbst außerhalb des Organisation. Es gehen auch nicht 5000-6000 Kollegen hinter Beyer. Die Leute werden nur ab, wie die Dinge sich entwickeln. Brandes hat den Vorstand in Halle Halle und Genossen ohne Verzeihen ausgeschlossen ist die Sache für Halle vollständig geklärt.

Brandes-Stuttgart: Durch Versammlung in Halle soll es kommen, die hinter Beyer stehen und sie ausschließen, ist nicht möglich. Halten die Kollegen in Halle wie jedes andere Mitglied des Statuts beachtet und Beschlüsse beim Verbandsausschuss zu haben, so sollen sie zu ihrem Rechte gelangen. Ueber die Entscheidung des Ausschusses ohne Verzeihen muß der Vorstand erst entscheiden. Heute ist darüber noch keine Erklärung abzugeben. Edert hat erklärt, er lasse die Dinge nicht ruhig ab, aber er bewilligt trotzdem den Vorstand.

Edert-Berlin: Ich habe meine Anwesenheit am Kongress kennntlich der Dinge in Halle, da ich am letzten Montag dort gewesen bin. Nicht losgelassen von der Arbeiterbewegung kann die S. P. D. ihre Aufgaben erfüllen, deshalb wollen wir auch nicht die Spaltung. Frennig-Paderborn: Ich habe die Dinge in Halle ganz genau. Beyer suchte Ansehens bei uns in Paderborn schon vor seiner Wahl. Sie fragten auch bei uns, wie sie handeln sollen, ohne gegen das Statut zu verstoßen. Da haben wir nun den Reuten unserer Rat gegeben, selber aber wurden diese Ratsschlüsse nicht befolgt. Und aber wurde erklärt, daß wir nur die Pläne des Vorstandes vertreten und dazu hat man Rat in Berlin geholt. Am letzten Freitag ist versucht worden, in Paderborn ähnlich zu verfahren, wie das in Halle geschehen ist. Erst als Beyer und Konjoren mitgeteilt wurde, daß sie bei uns an die Luft besetzt würden, sind sie ausgeschlossen. Die Kollegen in Halle haben förmliche Schmalreden vor den Augen und sehen vor lauter Parteidiskussion die Interessen des Verbandes nicht mehr. Eine Vermittlung, die ich übernehmen wollte, habe ich nur unter der Voraussetzung annehmen wollen, daß die ganze Verwaltung vorher zusammentritt. Das, was in Halle gemacht worden ist, ist der reinste Spaltungsmittel und hat mit dem Kommunismus nichts zu tun. In der nächsten Delegiertenkonferenz wird die Sache jedenfalls geklärt und hoffe ich, daß die Kollegen aus Paderborn kommen und ihre Pflicht dem Verband gegenüber erfüllen.

Dismann-Stuttgart: Die Reichspräsidenten in den Schlichtungsausschüssen sind uns so schwerlich und unzulässig für die Arbeiter, je mehr sie politisch und wirtschaftlich an Einfluss verlieren. Im nächsten Sonderheft der Betriebszeitung werden die Rechte der Schlichtungsausschüsse prinzipieller Art veröffentlicht. Mit der Schaffung eines juristischen Büros hat sich der Vorstand wiederholt beschäftigt. Die Sache ist nicht so einfach. Auch der beste Rechtsgelehrte wird nicht immer in seinem juristischen Rat das Richtige treffen. Die allgemeine Debatte stand leider nicht auf besonderer Höhe. Sogar die inneren Dinge im Verband sind recht oberflächlich behandelt worden. Ueber die 10 Forderungen des A. D. G. B. ist nicht so bedacht worden, wie es notwendig gewesen wäre. Wenn wir an den A. D. G. B. Forderungen stellen, müssen wir uns immer zunächst fragen, was wir selbst können und wieweit unsere Kraft reicht. Was wir aber selbst nicht können, können wir auch vom Gewerkschaftsbund nicht ohne weiteres und in jedem Fall verlangen. Das was Edert aus dem Korrespondenzblatt bezüglich der Bahrung des Mitgliedschaftsbeschlusses gelesen hat, ist kein Vertrag, sondern nur eine gemeinsame Erklärung mit dem Christlichen und Hütchen, die den Fehler ablehnen. Auch und hat diese Sache nicht gefallen und im Ausschuss des A. D. G. B. haben mit mir die Kräfte anderer Gewerkschaftsvertreter

Stette-Diffendorf: Trotz der geschlechterten Mithände mit der Metallarbeiter-Zeitung können wir dem Vorschlag Schäfers nicht zustimmen.

Kopper-Danzig: Bei uns erklären die Leute, ohne den vollen Lohn können man einen Streik nicht mehr mitmachen. Wenn also mehr vorhanden ist, nach den Erklärungen Schäfers, so geht es nur in unser Gebiet; wir können es zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse gut gebrauchen.

Schlestedt-Stuttgart: Wenn sich beim Versand der Metallarbeiter-Zeitung im Rheinland Anstände ergeben haben, liegt das an den Zuständen im besetzten Gebiet, die wir nicht ändern können. Das geschähen konnte zur Besserung, ist getan worden. Der Vorschlag Schäfers wurde gemacht, um der Verschleuderung von Verbandsgeldern vorzubeugen. Daran hat jeder Kollege ein Interesse. Wichtig ist, daß jeder Kassierer versucht, seine Kasse zu schließen. Das darf aber nicht allein auf Kosten der Hauptkasse geschehen.

Milber-Erlangen: Wenn Verwaltungsstellen zuviel Metallarbeiter-Zeitungen beziehen, dann muß auf Grund der Abrechnungen die Zahl beschränkt werden. Der Vorschlag Schäfers ist für die Verwaltungsstellen unannehmbar. In anderen Verbänden zählt man aus Hauptkassensmitteln die Beamten und eine Reihe anderer Dinge. Bei uns ist im Verhältnis zu den Ausgaben der Anteil der Verwaltungsstellen zu niedrig. Wenn Mithände bestehen bezüglich der Metallarbeiter-Zeitung, müssen diese auf andere Weise beboben werden.

Wolff-Essen: Selbstgekauft ist, daß Mithände bestehen, und diese müssen wir beseitigen. Ein zu hoher Lokalkassenbestand ist eine Gefahr. Man ist in solchen Fällen weniger vorsichtig bei Streiks und manches kann gespart werden bei gutem Willen.

Müller-Zell: Hält den Vorschlag Schäfers der Beachtung wert. Auch er sieht in zu hohen Lokalkassenbeständen eine Gefahr. Wir werden wohl die Streikunterstützungen nochmals erhöhen müssen, auch auf die Gefahr hin, daß die Beiträge wieder angemessen erhöht werden. Trotzdem wir 5 Filialen haben und einen Betriebsratssekretär anstellen, machen wir beim heutigen Anteil im Quartal 15000 A Ueberfluß.

Siska-Berlin: Das Verteilungssystem der Metallarbeiter-Zeitung ist in kleinen Orten viel einfacher und billiger als in großen Städten. Wir haben durch genaue Zuteilung der Zeitung versucht, Ersparnisse zu machen. Die Berliner Kollegen waren bereit, pro Quartal 50 A für Zustellung der Metallarbeiter-Zeitung durch die Post zu bezahlen. Bis jetzt hat aber der Vorstand einen Entschluß nicht gegeben. Stimmt dem der Vorstand zu, wird wesentlich an Zeitungen gespart. Das gilt auch für andere Orte.

Schulenburg-Karlruhe: Wir müssen an Verbandsmitteln sparen, so viel es geht. Es geht nicht an, daß wir den Lokalkassen Vorteile zuschlagen auf Kosten der Hauptkasse. Wenn die Mittel der Lokalkassen nicht reichen, muß man eben höhere Zuschläge erheben. Der Vorschlag Schäfers bringt jedenfalls das Gute, daß der Aufwendung von Verbandsmaterial wesentlich vorgebeugt wird. Die Zustellung durch die Post erhöht nur die Gefahr, daß wir dann auf längere Zeit die Zeitung keinen liefern, die schon ausgetreten sind.

Schäfer-Stuttgart: Ich habe nichts anderes von der Diskussion erwartet und Stimme vollinhaltlich Schulenburg zu. Es ist durchaus richtig, daß kein einziges Mitglied den geringsten Nachteil von der Durchführung meines Vorschlags. Der Vorstand würde den ganzen Teil der Unkosten übernehmen, die der Kollege Milber schon hat, wenn der Beitrag entsprechend dem Beitrag der anderen Organisationen erhöht wird. Kontrollleure für die Verwaltungsstellen, die zugleich Instruktoren sind, ist dringend nötig anstellen. Ueber hohe oder niedere Lokalkassenbestände wird die Generalsammlung aufzuheben. Bei der Zustellung der Zeitung durch die Post sind eine Reihe Bedenken vorhanden. Wodurch ist es möglich, sie zu überwinden.

Brandes-Stuttgart: Da bestimmte Anträge, über die abgestimmt werden muß, nicht vorliegen, ist die Sache durch Aussprache erledigt.

Mitteilungen des Vorstandes

Mit Sonntag den 19. Juni ist der 25. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. bis 18. Juni 1921 fällig.

Bei Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ist stets die allgemeine Adresse: Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rüststraße 16A, zu verwenden, da bei Zuschriften an einzelne Vorstandsmitglieder bei deren Ortsabwesenheit unliebsame Verzögerungen nicht zu vermeiden sind.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Verwaltung	Für die Mitglieder der Beitragsklasse:			Beginn der Beitragsperiode
	I	II	III	
Hamburg	40	40	40	28. Beitragswoche
München	200	120	—	28.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat die Wirkung statutarischer Rechte zur Folge.

Aufforderung zur Rechtfertigung:

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Bezirksleitung Offen: Der Schlosser Karl Malmstedt, geb. am 20. Oktober 1889 zu Benrath, Mitgliedsbuch Nr. 2,946006, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Götting: Der Elektromonteur Karl Pöncke, geb. am 25. Mai 1887 zu Althausen i. L., Mitgliedsbuch Nr. 3,934543, wegen Unterschlagung.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Landsberg a. Warthe: Der Schlosser Johann Maczliwicz, geb. am 18. Juni 1879 zu Schwenn, Mitgliedsbuch Nr. 2,926745, wegen Beitrag.

Endgeschloffen werden nach § 22 des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle Berlin: Der Werkzeugschleifer Fritz Komski, geb. am 19. Febr. 1895 zu Wübing, Mitgliedsbuch Nr. 3,319202, nach § 22 Abs. 1 c.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Willingen: Der Metallarbeiter (Schlosser) Hermann Kohler, geb. am 19. Jan. 1879 zu Freiburg i. Br., Mitgliedsbuch Nr. 2,198022. A. versucht in schwindelhafter Weise, in den Verwaltungsstellen des Verbandes Untersetzungen zu erlangen.

Gezogen wurden:

Mitgliedsbuch Nr. 2,835097, lautend auf den Blöttler Heinrich Rohmann, geb. am 2. Mai 1896 zu Neuenhahle. (Garnau). Mitgliedsbuch Nr. 2,855705, lautend auf den Metallarbeiter Karl Bausberg, geb. am 7. Februar 1883 zu ? (Gerne). Mitgliedsbuch Nr. 2,971445, lautend auf den Schlosser August Dedert, geb. am 1. Oktober 1894 zu Pölnisch-Somisa. (Gerne). Mitgliedsbuch Nr. 3,855791, lautend auf den Maschinist Wilhelm Gentel, geb. am 23. August 1899 zu Recklinghausen. (Gerne). Mitgliedsbuch Nr. 4,112006, lautend auf den Elektromonteur Hilp Stewen, geb. am 8. Februar 1899 zu Recklinghausen. (Gerne).

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! - Zutug ist fernzuhalten:

von Heilensarbeitern nach Bochum (Nimmehoff & Stegemann) St. von Formern und Hieserarbeitern nach Kassel (Hirma Behrendt u. Mischke) St.; nach Saarbrücken (Schardt & Schmet, Maschinenfabrik) M.; nach Stargard i. Pomm. (Gehr. Mizer) St.; von Gold- u. Silberarbeitern nach dem ganzen Gebiet der Schweiz; von Klempnern nach Wilmshemshaven (Küringen) St.; von Metallarbeitern aller Branchen nach Finnland; nach Fürstentum a. S. S. S. S.; nach Heddingen bei Staßfurt (Bahnindustrie Paul Ende) M.; nach Luxemburg L.; nach Stargard i. Pomm. St.

Berichte

In die Ortsverwaltungen.

Da der Stoffdruck für unsere Zeitung sich immer mehr verschärft und die Publikationen über den Verbandstag ebenfalls einen großen Raum einnehmen, ist es aus unumgängl. Verichte über Mitglieder-versammlungen zu bringen. Wir bitten deshalb um Einsendungen solcher Versammlungsberichte Abstand zu nehmen. Die Redaktion.

Reffelschmiede.

Rattingen. Streik bei Dürr & Co. Die Reffelschmiede und Monteurs der Firma Dürr & Co. vormals Dürr & Co. Rattingen, befinden sich im Streik. Die Monteurs haben am 15. April das Abkommen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekündigt. Da die Firma aus der Arbeitvermittlung ausgetreten war, angeblickt um die gesamte Arbeitnehmerschaft am Döblenderweg teilnehmend zu lassen, waren auch die Monteurs bereit, ein neues Abkommen zu tätigen. Zu diesem Zweck hatte die Firma sämtlichen Monteurs einen Pfingsturlaub bewilligt. Als die Lohnkommission nun am 17. Mai vorstellig wurde, erklärten die Firmenvorsteher: Wir können heute nicht mehr vorhandeln, 1. weil eure Löhne die höchsten im Bezirk sind, 2. wir dürfen nicht mehr getrennt verhandeln, weil wir jetzt wieder im Arbeitgeberverband sind. Als die Kommission darauf hinwies, daß doch unbedingt ein vorläufiges Lohnabkommen getroffen werden müsse, da das alte Abkommen gekündigt und abgelassen sei, erklärten die Firmenvorsteher: Die Monteurs haben keine Begründung für eine Lohnherabsetzung, wor sich zeigt zu fahren, ist erstlos. Vermittlungsversuche der Organisationsvorsteher zitierten daselbst Resultat. Mit Klammern wurde der ausgearbeitete Kampf in gebelmer Klammern angenommen. Die Streikmänner hatten 20 v. H. Lohnherabsetzung gefordert, 5 v. H. wollte die Firma bewilligen, nachdem Beweise erbracht waren, daß der Lohn der Streikmänner der niedrigste im ganzen Bezirk war. In anderen Bezirken wurden bis zu 3 A die Stunde mehr verdient. Als nun die Streikmänner alle ordnungsmäßig auftraten, trat die Firma wieder dem Arbeitgeberverband bei, um durch schwarze Listen die Leute von Lor zu Lor zu jagen. Verursachung! Arbeit den Betrieb, bis daß die Sperre aufgehoben ist.

Metallarbeiter.

Kue l. Eggel. In Nr. 18 vom 30. April 1921 bringt das Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes eine Notiz mit der Überschrift: Der Kapitalist zahlt rote Verbandsbeiträge. Der angebl. Christ W. A., welcher diese Notiz unterzeichnet hat, nimmt es wohl gleichgültig mit der Wahrheit nicht so genau. Denn zweifello haben ihm keine Geruchsmänner als „überzeugte Christen“ gesagt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Betriebskassierung bei der Firma Guldb. Knicht in Lauter bereits seit Jahresfrist aufgehoben hat. Auch die übrigen „Christen“ haben sich, als sie noch Mitglied der Deutschen Metallarbeiter-Verbandes waren, die Beiträge vom Unternehmer bezahlen lassen. Die Verbandsleitung ist aber niemals davon in Kenntnis gesetzt worden. Nachdem wir Kenntnis davon erhielten, ist der Zustand sofort bestritten worden. Es ist also ein frecher Schwindel des W. A., wenn er jetzt die Behauptung aufstellt, der Deutsche Metallarbeiter-Verband lasse sich die Beiträge für seine bei der genannten Firma beschäftigten Mitglieder vom Unternehmer annehmen. Der christliche W. A. scheint recht schlecht über die Beschaffenheit seines eigenen Verbandes unterrichtet zu sein, sonst hätte er keine Behauptung für sich gehalten. Überdies läßt sich annehmen, daß wir uns beim Lesen der Notiz vom christlichen Bruder bei der Stelle, wo er schreibt: „Der Arbeiterschaft in Lauter wurde diese Liebestatue eines sich radikal gebenden Verbandes mit dem Kapitalismus zu Arg die Lehre dem sozialistischen Metallarbeiter-Verband zum großen Teil der Mitleid und wandte sich dem christlichen Metallarbeiterverband zu, der zierlich, ohne nach rechts oder links zu schielen, die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. Bei den stattgefundenen Betriebsratswahlen erhielten unsere Kollegen 3 Stk., zudem stellen sie den Vorstehenden.“ Hierzu sei festgestellt, daß nur wenige Mitglieder dem christlichen Verband angehören. Leider nahm ein Teil unserer Mitglieder im genannten Betriebe den unerkündlichen Standpunkt ein, sich diesmal an der Betriebsratsneuwahl nicht zu beteiligen. Dadurch ist es gekommen, daß die handvoll Mitglieder des christlichen Verbandes 3 Stk. im Betriebsrat erhielten. „Zierlich“ ohne nach rechts oder links zu schielen, werden nach der Meinung des W. A. seine Schätzchen die Interessen der Arbeiterschaft vertreten. Wer laßt das? Gar bald wird die freigeordnete Arbeiterschaft auch dieses Betriebes, gewickelt durch die „ruhmvollen“ Taten der zierlichen christlichen Verbandsleitung, wieder das Opfer des Betriebsrates in die Hand nehmen. Den über 14000 freigeordneten Metallarbeitern im hiesigen Bezirk laßt nur eine handvoll im christlichen Metallarbeiterverband organisierter gegenüber. Das ist jedenfalls der deutlichste Beweis, daß die Metallarbeiter wissen, wo ihre Interessen am wirksamsten gewahrt sind. Wie soll es auch anders sein. Sind doch im hiesigen Bezirk die Arbeiter seit Jahrzehnten mit wenigen Ausnahmen freigeordnet, schlicht organisiert. Die Christen aber setzen sich ab und zu, die keine Mitglieder haben, und deshalb das Geschick, um Dumme zu tödnen. Den Arbeitern aber rufen wir zu, laßt euch nicht auf religiöse Gebiet führen, wenn ihr wirtschaftliche Interessen machen wollt. Wo laßt das hinbringen, wenn sich die Arbeiter nach evangelischer, katholischer, jüdischer usw. Religion organisieren wollten. Die religiöse Auffassung scheidet bei der Berechnung der wirtschaftlichen Interessen aus und deshalb ist es Torheit, wenn sich Arbeiter dem christlichen Verband anschließen, der im hiesigen Bezirk keine Bedeutung hat. Auch dem religiösen führenden Arbeiter muß doch klar sein, daß die Handlungsweise der christlichen Verbandsleitung mit Christentum nichts gemein hat. Also, laßt ihr wahrhafte Christen, dann handelt auch darnach.

Köln. Im Lauchhammerwerk standen von uns über 1000 Kollegen vier Wochen im strengen Hungerkampf. Die Ursache dazu war der geplante veränderte Lohnbau. Am 7. Dezember v. J. wurde der alte Tarif gekündigt und am 8. Januar die neuen Forderungen einverleibt. Es fand nun zu diesem Zweck Verhandlungen mit den Metallindustriellen in Dresden statt, welche ergebnislos verliefen, da man versuchte, die Arbeiter in die zweite Gruppe des Dresdener Tarifes einzureihen. Dies kam einem Lohnbau gleich. Während bei unserem Tarif die erste Klasse über 25 Jahre beginnt, begann diese nach dem Dresdener Tarif über 15 Jahre, so daß bei dem über 25 Jahre alten Arbeitern eine Lohnherabsetzung von 20 A eintrat und die von 25 bis 28 Jahre alten 10 A weniger erhielten. Dies trat bei der folgenden Lohnklasse immer mehr in Erscheinung, so daß bei der niedrigsten Lohnklasse 77% A pro Stunde weniger ausmachte. Es ist wohl selbstverständlich, daß dies von den Kollegen abgelehnt wurde. Es wurde dann beschlossen, den zuständigen Schlichtungsausschuß in Leipzig anzureufen, welche auch sofort am 15. Februar zusammentrat und einen Schlichtungsrat wählte, der wohl die Wünsche der Arbeiter nicht voll erfüllte, aber mindestens den Verhältnissen einigermaßen Rechnung trug und von Seiten der Arbeiter mit 649 gegen 25 Stimmen angenommen wurde. Vom Unternehmer wurde dieser Schlichtungsrat umgehend abgelehnt. Es wurde von uns

sofort beim Demobilisationskommissar die Rechtsverbindlichkeitsklärung beantragt. Trotzdem nun von uns in mehreren Schreiben beim Demobilisationskommissar um Bescheinigung ersucht und auf die Folgen aufmerksam gemacht wurde, hielt man es an dieser Stelle nicht einmal für notwendig, zu antworten. Währenddessen war auch die zu dem Zwecke gehörige Oberlandgenerale in eine Lohnbewegung gedrängt und bei dieser auch der gefällte Schlichtungsrat, welchen die Kollegen angenommen hatten, von Seiten des Unternehmers abgelehnt worden. Nun sah sich der Demobilisationskommissar, nachdem wir circa vier Wochen ohne Antwort waren, genötigt, einzugreifen, da es sich bei der Zentrale um einen lebenswichtigen Betrieb handelt und die Folgen bei einem eventuellen Streik nicht zu übersehen waren. Die weiteren Verhandlungen endeten mit der Ablehnung der Verbindlichkeitsklärung des Schlichtungsrates. Die Arbeiterschaft nahm, nachdem sie von dem negativen Ergebnis der Verhandlung Kenntnis hatte, tags darauf die Arbeit nicht wieder auf und demontierte die Werke vor dem Büro. Der Vertreter des Demobilisationskommissars bot als Vermittlungsvorschlag die oben bezeichnete zweite Lohnklasse des Dresdener Tarifes an. Das würde provisorisch, so daß mit 915 gegen 73 Stimmen bei zwei ungültigen Stimmen der Streik beendet offen wurde. 1200 Kollegen traten in den Streik. Von Seiten der Unternehmer wurde mit einem Streik von kurzer Dauer gerechnet. Sie glaubten, der Streik würde nach kurzer Zeit zusammenbrechen. In dem Betriebe der Zentrale wurde durch Anschlag bekanntgegeben, wer am Montag die Arbeit nicht wieder bedingungslos aufnimmt, gilt als entlassen. Man rechnete bestimmt damit, daß alles wieder zur Arbeit käme. Die Vorbereitungen wurden getroffen, um eine Verteilung der Leute vornehmen zu können. In allen bürgerlichen Zeitungen wurde mitgeteilt, der große Streik in Lauchhammer sei zusammengebrochen und alle Arbeiter hätten am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. In Wirklichkeit war nicht ein einziger zur Arbeit erschienen. Streikbrecher heranzuholen, scheiterte. Ein Teil der Beamten der Schlichtung wurde ergriffen und Kassa hat es versucht. Den Herren bekam aber die Schlichtung und schwarze Arbeit in der Zentrale nicht und so räumten sie nach kurzer Zeit das Feld. Trotzdem die Kollegen sich bereit erklärten, die Lohnforderungen selbst zu verzichten, wurde versucht, die schlichtungsrat mobil zu machen. So wurde alles mögliche und unmögliche versucht, um den Streik zu zerlegen. Durch die Ehrlichkeit und Gesetzmäßigkeit der Arbeiter blieb alles erfolglos. Wir setzten uns direkt mit den Unternehmern zwecks Verhandlung in Verbindung. Bei der darauf stattgefundenen Besprechung wurde erklärt, daß die Arbeit sofort wieder zu den alten Bedingungen aufgenommen werden müsse und die Unternehmer sich vorbehalten würden, einen Teil der Arbeiter zu entlassen, wenn keine Arbeit vorhanden sei. Dieses wurde sofort energisch zurückgewiesen. In fünf Minuten war die Besprechung erledigt. Der Streik ging weiter. Nach einiger Zeit war die Wiederaufnahme der Arbeit durch Vermittlung gelungen. Der Unternehmer hatte sich schriftlich bereit erklärt, innerhalb 48 Stunden nach Wiederaufnahme der Arbeit mit uns in Verhandlungen zu treten über noch mögliche Lohnaufbesserungen. In der stattgefundenen Verhandlung wurde auf dieser Basis mit 448 gegen 21 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Nach Überwindung des schlichtungsrat Schlichtungsrat wurde nun am Freitag den 22. April die Arbeit wieder voll aufgenommen. Bei der Zentrale wurde ebenfalls Einigung erzielt. Bei den stattgefundenen Verhandlungen wurde erreicht, daß eine Zulage von 2 A für alle über 23 Jahre alten und von 1 A pro Stunde für alle unter 23 Jahre alten Arbeiter bewilligt wurde. Außerdem sollen 25 Prozent von dem künftig in Lohn zu behebenden 20 A. besonders erhalten. Wenn dies auch materiel kein großer Erfolg ist, so ist moralisch der Vorteil um so größer, indem die Gesetzmäßigkeit der Kollegen nach wie vor besteht und durch den hartnäckigen Kampf noch gestärkt wurde. Außerdem ist zu berücksichtigen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse augenblicklich nicht günstig liegen und ursprünglich ein beständiger Lohnbau geplant war. Ferner war der politische Generalstreik in Mitteldeutschland auf unsere Lohnbewegung nicht ohne Einfluß. Die Kollegen haben aber alle gezeigt, daß sie nicht mit sich hagen lassen und wenn es darauf ankommt, auch bereit sind, ihren Mann zu stehen. Es gilt nun, weiter zu arbeiten und auszubauen, denn nur durch eine geschlossene Einheitsfront unter Juristischer der persönlichen Wünsche Druck wir etwas erreichen.

Gummersbach. Ein eifriger Werkenmeister, dem wir schon öfter auf seine schmutzigen Finger Kopfen mußten, unternimmt es in Nr. 21 der christlichen Metallarbeiterzeitung und in einem Flugblatt, einem ehrlichen, rechtschaffenen Arbeiter, Streikbruch vorzuwerfen. Gerade die Christlichen, welche schon so oft organisierten Streikbruch verübten, sollten sich hüten, von Streikbruch zu reden. Doch, was liegt einem Schmarotzer an der Ehrs eines Arbeiters, die Hauptfrage ist, wenn das Geschäft blüht. Am zur Sache selbst. Wir haben Erhebungen beim Betriebsrat der Gummersbacher Kleinbahnen angestellt und folgende Ergebnisse erhalten: Gummersbach, den 26. 5. 21. Erklärung. In einem Flugblatt und in dem christlichen Metallarbeiterzeitung wird von einem christl. Verleumdung behauptet, unser Betriebsratsvorsitzender, Hugo Weiser, habe bei dem Streik im Februar dieses Jahres Streikbruch verübt. Wir erklären, daß diese Behauptung wider besseres Wissen und zu dem Zweck erhoben worden ist, Uneinigkeit unter die Belegschaft einzubringen. Bei Ausbruch des Streiks wurde gerade von dem christl. Betriebsratsrat, Weiser, Weiser, Köhn, die Parole ausgegeben: Die Wollen- und Werkstättenarbeiter streiken nicht, damit die Gesellschaft unproduktive Auslagen hat und so eher zum Nachgeben gezwungen wird. Diese Erklärung gab Herr Weiser auch bei Verhandlungen am 3. Februar bei Herrn Betriebsratsrat Leopold ab. Die Unterfertigung, Weiser habe zum Streik geholt, weisen wir als unwahr zurück. Der Betriebsrat der Gummersbacher Kleinbahn: Heinrich Cramer, Friedrich Müller. Der Kollege Hugo Weiser genügt als Betriebsratsratsvorsitzender unser größtes Vertrauen. Die Arbeiter der Gummersbacher Kleinbahnen: Hüttershagen, H. Vile, Franz Hentze, Fritz Steiger, Gustav Linkahl, A. Angeli. Man beachte ferner: Am 26. Februar geht der Streik, dank der glorreichen Führung des Weiser stand in die Brüche. Kurz darauf ist Betriebsratsrat. Der Kollege Hugo Weiser wird als einzig freigeordneter Arbeiter bei der Streiknahme von seinen christlich organisierten Kollegen in dem Betriebsrat und von diesem zu seinem Vorsitzenden gewählt. Des christliche Wogenwiesel und Verleumdung erhielt aber gleich die richtige Antwort. Nach Bekanntwerden des Artikels meldeten sich sofort 12 Mann aus dem christlichen Verbands ab. Weiter wird in dem Artikel behauptet, daß die Firma Müggelberg in Marienheide hätten die Freien die Freiheit im Betriebsrat eingeholt. In Wahrheit hat sich in der Zusammensetzung des Betriebsrats nichts geändert. Zug und Trug und persönliche Ehrschandung, das sind die geistigen Waffen der christlichen Gewerkschaften. Jeder ehrliche und aufrechte Arbeiter führt sich durch eine solche Agitationsmethode angeekelt und laßt seine Interessenverletzung einzig in den freien Gewerkschaften.

Lotharhausen. Da die Mithände in den Bedingenswerten des Gute Hoffnungsgebiete überhand nehmen und trotz Beschwerden des Gemeinbewohners die Verwaltung sich weder gewillt noch veranlaßt zeigt, hierin Abhilfe zu schaffen, sehen wir uns veranlaßt, in die Dienstleistung zu treten. Ein großer Teil der Bedingenswerten bilden einige Früher zur Gefangenenaufnahme eingerichteten Baracken. Selbst der beschriebene Arbeiter hat das Recht, eine menschenwürdige Wohnung zu verlangen. Die Wohngelegenheit aber, welche den Arbeitern des G. H. H. hier geboten wird, ist nicht nur eine menschenunwürdige, sondern direkt eine menschenverachtende. Die einzelnen Zimmer auf einigen Bedingenswerten, insbesondere der Hecke Wönders und Hecke Oberhausen, sind durch eine zwei Meter hohe Wand geteilt, wo die Bretter aus den verschiedensten Holzarten und Sorten bestehen, das Übrige von der Wand bis zur Decke ist durch Gabelstränge abgepferrt. Durch diese Mithände ist Einbruch unvermeidlich, gesundheitswidriges Wohnen vollständig ausgeschlossen. Ratten, Mäuse, Wengens und sonstiges Ungeheuer sind Gaudier. Auch die sanitären Einrichtungen hatten jeder Beschreibung. Für diese Wohnungen werden überhöhte Mieten verlangt. Bis 30. April wurde pro Mann 45 A erhoben an Miete, ab 1. Mai wurde der Mietenpreis pro Mann auf 75 A erhöht (im Monat). Bemerkenswert dabei ist, daß Studenten mit 8 bis 12 Mann belegt sind, welche nur dadurch bewohnbar sind,

indem die Betten übereinander stehen, was eine Einnahme pro Dube (da dies wohl der einzelne richtige Ausdruck ist) 600 M. bzw. 900 M. im Monat ausmacht. Dann sind auch noch eine Anzahl größere Räume vorhanden, welche als Säle bezeichnet werden, worin 20 bis 30 Mann zusammengebracht sind. Das Bettzeug und die Bettstellen steht dem bisher geschuldeten nicht im geringsten vor. Die Bettlaken, die mit Fußlappen leicht zu verwechseln sind, sind zum Teil ein Meter kürzer als der Papierstrich. Wegen Mangel an Bettwäsche kann dieselbe nur alle 5 bis 6 Wochen einmal gewechselt werden, doch ist für durchziehende Studenten neue Bettwäsche im Uebermaß vorhanden. Diese Leute beschäftigen die G. S. G. und dieselbe will sich durch die Geschäftsführung einen guten Namen machen. Das gleiche wird den Bewohnern auch im Essen geboten, da speziell in der Zubereitung und Sauberkeit der Speisen viel zu wünschen übrig ist. Um allem diesem die Krone aufzusetzen, entzieht man den Bewohnern das Recht, einzelne Maßnahmen abzuschließen. Und dies alles in einem vielgerühmten, billigen Staat. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Bücherameri, Gesundheitspolizei, Miteinigungsamt und vor allen Dingen der Staat? In rellameartigen Bekanntmachungen hat die G. S. G. laut Jahresbericht 15 Millionen Mark bereitgestellt für Wohlfahrtszwecke. Wo bleiben diese? So könnte man noch endlose Mißstände aufzählen, wir hoffen aber, daß das Aufgezeichnete vollaus genügt. Für die Wichtigkeit dieses Artikels bürgen sämtliche Kirchenräte, die acht Redigenten der Gute Hoffungshilfe zu Oberhausen im Rheinland.

Wissen. Wie von einer Ratter getrieben fahren die christlichen Arbeiterführer in die Höhe über den Artikel: "Die Christen auf dem Gipfel" in Nr. 19 unserer Metallarbeiter-Zeitung. Schäumend vor Mut, sieht man über Schäfer her, der nichts wissen und nichts verstehen soll von der Arbeiterbewegung, aber anscheinend die Herrschaften an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen hat. Nicht das Vorzeichen der Frankfurter oder Weplarer Kollegen war es, wie die Christen in ihrer Zeitung behaupten, welches mich veranlaßte, den Artikel zu schreiben, sondern die schwarzfärbliche Kritik der christlichen Verleumder, die immer aufwache, wenn die Arbeiterschaft mit dem Unternehmertum im Kampf steht. Wenn der Führer der Christlichen behauptet, daß durch meinen Artikel der Verdacht aufkommen könnte, als ob ich selbst an der Führung des Weplarer Streiks beteiligt gewesen wäre, so brauchte ich mich dessen, wenn es der Fall gewesen wäre, nicht zu schämen, denn wir als freie Gewerkschaftler haben immer unseren Namen gehalten, das hat die Schlussversammlung beim Weplarer Streik bewiesen, denn als Mauer vom Vorstand der Christlichen unsere Wehrheit in dieser Versammlung bezweifelte, ließen wir durch Handauflegen feststellen, welche Gewerkschaft noch am nächsten bestehen sei und siehe da, ein Duzend Christen kamen zum Vorzeichen von 400 bis 500 Versammlungsbesuchern, die übrigen hatten sich zur Arbeit gemeldet. Wer aber die Arbeiterschaft belogen und betrogen hat, darauf werden ihm seine früheren Kollegen, die nach dem Streik zu uns gekommen sind, Antwort geben. Wenn weiterhin der "Gipfel" (wie ihn seine Kollegen nennen) schreibt, daß unser Verband an allen Ecken und Enden trachtet, so scheint er doch ein kurzes Gedächtnis zu haben, denn wer war es, der vor 3 Wochen uns im weinlichen Ton antwortete und eine Sitzung mit uns verlangte, unter Hinzulegung der Betriebsräte, um der Mitgliedschaft einen Damm entgegenzusetzen. Es war Herr Hof vom "Christlichen" aus Wissen, der diese Sitzung verlangte, weil anscheinend seine Mitglieder fühlten und dann schreibt man vom Strahlen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Weiterhin ist bezeichnend für die "Christen" in dieser Sitzung, daß sie andauernd über den Rückgang der Beiträge redeten und neben ihnen ehemalige Streikbrecher als Betriebsratsmitglieder saßen. Welcher von den Verbänden am besten und fruchtbarsten ist, beweisen ja auch die letzten Wahlen der Betriebsräte in unserem Bezirk. In dem zu unserem Kreis gehörenden Bezirk ist der Deutsche Metallarbeiter-Verband mit 53 Betriebsratsmitgliedern vertreten und der christliche Metallarbeiterverband mit 33, ergo trachtet es auf der anderen Seite, aber nicht bei uns. Wenn der Schreiber weiterhin in seinem Artikel von "Stillestand" und "Krauchen" in der Zeitung schreibt, so zeigt das nur die Mut und den Haß über das Vertrauen, welches wir hier in der Arbeiterschaft genießen. Wir brauchen in unseren Versammlungen auch keine Reden, die das Vertrauen der Mitglieder zum Verband jähren sollen und Vorwürfe über Herrschen und Dienen halten, wie es in derselben Nummer ihrer Zeitung unter Desebelen bekannt gegeben ist, denn wer das jetzt behauptet hat, und wer zum Dienen verdammt war, weiß auch die Arbeiterschaft schon zur Genüge. Mißlang sich aber die Arbeiterschaft noch von "solchen Führern" verdammen lassen wird, wird die Zukunft lehren. Sollten den Herren Christen diese Tatsachen noch nicht genügen, so sind wir gerne bereit, die Geschäfte ihrer Arbeitervertretung im Siegerland einmal ganz aufzuräumen.

Zweites. Freiheit, die ist meine! Unter dieser Überschrift brachte das hiesige Lokalblatt der Christlichen einen Artikel, der sich gegen unseren Kollegen R. Obmann des Betriebes von R. & S. richtete. Einige christliche Arbeiter wählten nach dem Inhalt des Artikels an die Direktion mit dem Ersuchen heranzutreten, daß bei dem Fortfall eine Abhilfe der Zweiteilung der Betriebsleitung eingeleitet werden soll. Die Direktion soll nun einem diesbezüglichen Antrag zugestimmt haben. Das ist unklar. Der Antrag war mit dem Stempel der Forderung versehen. Eine Unterschrift ist weder von der Direktion noch von dem Obmann des Betriebes gegeben worden. Sogar kommt, daß der Forderung weder in dem Antrag die Bekanntmachungen der Direktion noch des Betriebsrates ausgingen wurde. Hierdurch bestätigt sich, daß vorgenannte Körperlichkeiten wegen der Unterzeichnung übertragen worden sind. Ein Kollege hat mit Recht den Antrag entzogen. Die Christlichen können aber wollen es nicht verstehen, daß freigelegte Arbeiter sich ohne weiteres dem Betriebsratsvorsitz nicht nehmen lassen, welches ihnen nach dem Betriebsratsgesetz gewährt ist. Der Obmann des Betriebes mußte nun dem Antrag in Kenntnis gesetzt werden. Es ist auch kollegialer gehandelt, sich mit dem Betriebsrat zu verständigen, als beschuldigend zur Direktion zu gehen. Der Christliche genau so wie den Unternehmern ist das Betriebsratsgesetz der Arbeiter ein Dorn im Auge. Wenn der christliche Arbeiter zur Erkenntnis seiner Missgunst kommt, bezeichnen die Herren des Betriebsleiters ihre Ziele. Bei der Geschäftsführung besteht immer noch der Wunsch, daß die christliche Seite zu Recht. Der Wunsch ist, daß Recht bleiben. Auch dieses wird auch jetzt gehandelt. Der Redakteur der Betriebsleitung soll nur nicht davon reden, daß bei den Christlichen eine Gewerkschaft besteht. Diese steht im Widerspruch zu dem Grundsatz des Betriebsrats von Speyer, wonach keiner abhändeln werden soll, der den freien Gewerkschaften angehört. Dieser Grundsatz hat keine Wirkung auf juristische Anhänger der katholischen Kirche auch ausgerechnet. Der Herr hat einige Eltern die Mitgliederbücher ihrer Kinder ohne deren Wissen abgegeben. Einige weitere Mitglieder, welche mit der Geschäftsleitung ihrer Eltern nicht einverstanden waren, sind wieder zu uns zurückgekommen. Eine Auseinandersetzung zwischen Eltern und Kindern, nach welcher den Eltern, geben diese Leiden natürlich nicht ist. Es geht nun in dem Familienkreis dieser Grundsätze den katholischen Frieden. Bei der Familienkonflikte gegen die Christlichen vornehmend zu den Eltern derjenigen Metallarbeiter, welche katholischer Konfession sind bei uns organisiert sind. Sie werden mit Tag und Nacht auf die Eltern ein, um das Mitgliederbuch ihrer Kinder zu erhalten. Junge Kollegen haben, damit im Elternhaus Ruhe bleibt, ihre Mitgliederbücher zur weiteren Aufführung anderen Kollegen übergeben. Sie sind überzeugt, daß die Familien der Metallarbeiter nur aus dem Deutschen Metallarbeiter-Verband wahren Nutzen ziehen. In einem Jahre hat ein junger Metallarbeiter über das Elternhaus verfallen, als das er sich zu den Christlichen übergeben ließ. Der Erfolg des Betriebs von Speyer, die Agitationstätigkeit der Christlichen nicht gewollt noch Geschäftsleute aus, wozu bei den Eltern der Arbeiter der Arbeiter-Betriebsleitung nicht mehr verstanden, haben wiederum den Weg beschritten, der zur Erlösung der gesamten Arbeiterschaft führt. Kollegen! Seht dazu, daß im Betriebe von R. & S. der letzte Mann des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geschützt wird. Selbst der Wunsch des Betriebsleiters der Zweiteilung der Betriebsleitung durch das alle Arbeiter unter Metallarbeiter-Zeitung und die sozialistische Arbeiterschaft als größte Forderung angesehen wird.

Rundschau

Gegen den Achtstundentag.

Den Kampf gegen den Achtstundentag führen die Unternehmer auf der ganzen Linie. Mit Raffinesse versuchen sie die gesetzlichen Bestimmungen zu umgehen, wie nachfolgendes Inserat beweist, welches der bürgerlichen Presse entnommen ist:

Macht sich der Arbeitnehmer durch Ueberschreitung des Achtstundentages strafbar?

Diese in der Praxis der unteren Gerichte ständig bejahte Frage ist vom Reichsgericht in einer bedeutenden Entscheidung vom 6. Juli 1920 verneint worden, da die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 nur dem Arbeitgeber Verpflichtungen auferlegt und nur dieser sich daher bei einem Verstoß gegen die Verpflichtungen strafbar macht. Arbeitgeberverband für Bayern und Umgegend.

Der Zweck dieser Uebung ist, die Arbeiter zur Ueberschreitung des Achtstundentages zu verleiten. Die Arbeitgeber spekulieren auf Knechtsgeul unter den Arbeitern. Sie sollen sich aber getäuscht haben. Die Notwendigkeit des Achtstundentages ist erwiesen und mit allen Fasern des Herzens werden die freigezwungenen Organismen ihn verteidigen.

Deutsche Arbeitgeber suchen italienische Arbeiter.

Die Arbeitslosigkeit ist im Steigen begriffen. Eine halbe Million deutscher Männer ist gezwungen, die Arbeitsstätte müßig in die Hosentasche zu stecken; inbezug versuchen die deutschen Arbeitgeber willige, billige, fremde Arbeitskräfte ins Land zu holen. Der Skandal mit der Ausrückung polnischer und galizischer Landarbeiter durch die Agrarier ist bekannt. Im "Dortmunder Generalanzeiger" findet sich ein Inserat, durch welches eine Kolonne von 20 italienischen Arbeitern mit Vorarbeiter für Giebereiarbeiten gesucht wird. Dies ist ein Skandal sondergleichen. Gerade im westfälischen Industriegebiet hat in letzter Zeit die Arbeitslosigkeit zugenommen, verschiedene Betrieben sind vollständig stillgelegt worden und die Arbeitssuchenden überlaufen die vorhandenen wenigen Betriebe. Ein Fehlen von einheimischen Arbeitskräften kann absolut nicht in Frage kommen. Den Unternehmern kommt es nur darauf an, willens alle Arbeitskräfte zu bekommen, mit deren Hilfe sie die Löhne der deutschen Arbeiter herabdrücken möchten. Hier muß energisch eingeschritten werden. Eine Einstellung von Ausländern kann nicht in Frage kommen solange die deutschen Erwerbslosen nicht untergebracht sind. Regierung und Parlament hat die unbedingte Pflicht einzugreifen. Den selbstherrlichen Schlotbaronen muß das Handwerk gelegt werden.

Die Haltung der Angestelltenvertreter in den wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern.

Die letzte Kaiserfeierhöhung und die Haltung, die einzelne Angestelltenvertreter bei dieser Gelegenheit eingenommen haben, gaben dem Vorstand des Afa-Bundes Veranlassung, sich in seiner Sitzung vom 11. Mai 1921 eingehend mit der Stellung von Angestelltenvertretern in wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern zu befassen. Der Vorstand war einmütig der Auffassung, daß es nicht angeht, lediglich deshalb für eine Preisoberhöhung zu stimmen, weil gleichzeitig der beteiligten Angestelltengruppe eine Gehaltssteigerung zugesichert wird. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik muß das Ziel haben, den Angestellten einen wachsenden Anteil am Produktionsertrag zu sichern. Es kann aber nicht Aufgabe der Angestellten sein, wirtschaftlich ungeduldfertige Preisoberhöhungen damit zu befehlen, daß die zeitlich mit Lohnsteigerung verbunden werden. Die Arbeitnehmervertreter in den Selbstverwaltungskörpern, wie Kartell, Eisenwerkstättenbund usw., dürfen sich nicht dazu hergeben, ihre Entscheidungen lediglich vom kapitalistischen Produktionsstandpunkt zu treffen, sondern müssen vor allem auch die Konsumenteninteressen wahren. Es wird den Arbeitnehmervertretern empfohlen, bei der Beurteilung der Lage in dem einzelnen Industriezweig insbesondere auch eingehende Prüfungen über die Selbstkosten anzustellen.

Zur Helffürsorge der Invalidenversicherung.

Da die Versicherungsanstalten sich infolge Mangels an Mitteln genötigt sehen, die Helffürsorge einzuführen, hat der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an den Reichstanzler und den Reichsarbeitsminister folgende Eingabe gerichtet:

Berlin, den 11. Mai 1921.

Die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Träger der Invalidenversicherung für das Jahr 1919 haben von neuem ergeben, daß sich diese Träger in einer äußerst ungunstigen Lage befinden. Die Gesamteinnahmen haben bei allen Versicherungsträgern 410 055 311,99 Mark betragen, während sich die Ausgaben auf 494 142 539,51 Mark belaufen, so daß die Mehrausgaben 84 087 227,52 Mark betragen.

Entscheidend wurde die allgemeine Vermögensverminderung in erster Linie durch die Rentenzulagen, Erhöhungen der Zahl der Rentenzulagen, Erhöhung der Ausgaben für das Selbstverfahren und die allgemeine Verminderung.

Die Erhöhung der Beitragseinnahmen hat die Erhöhung der Ausgaben nicht ausgleichen können, was voranzusehen war. Es muß baldigst dafür gesorgt werden, daß durch Änderung der Reichsversicherungsordnung die Träger der Invalidenversicherung die zur Erhaltung ihrer Angelegenheiten erforderlichen Mittel erhalten. Der geeignete Weg ist der von der Arbeiterschaft schon immer in Vorschlag gebrachte Ausbau neuer Sozialkassen, der auch ohnedies durch die in den letzten Jahren eingetretene Verschärfung der Entlohnung der Versicherten zur Notwendigkeit geworden ist.

Aber ehe es zu dieser Gesetzesänderung kommt, muß in anderer Beziehung Wandel geschaffen werden. Die Leistungen der Reichsversicherungsorganismen sind zum Teil Zwangsleistungen, zum Teil freiwillige. In der freiwilligen Leistungen gehört vor allem das vorbeugende Selbstverfahren. Auf das Selbstverfahren ist jedoch namentlich in der letzten Zeit das größte Gewicht zu legen, wozu auf die Rentenzulagen.

Es ist nun erforderlich, daß die Versicherungssträger, um ihre Verpflichtungen erfüllen zu können, gezwungen sind, die Ausgaben für das Selbstverfahren zu verringern. Zu der Zeit liegen dem Reichsarbeitsminister folgende Maßnahmen vor:

Zu der Zeit liegen dem Reichsarbeitsminister folgende Maßnahmen vor:

1. Die Beiträge zum Selbstverfahren zu erhöhen, was auch im Jahre 1920 bei der Selbstverfahren im früheren Umfang durchgeführte, obwohl sich die Zahl ihrer Versicherten infolge der Erleichterung der Gewerbe-Gewerbesteuer verdoppelt hat, hat jetzt noch weitere Einschränkungen beschließen müssen. Ein Teil der Helffürsorge ist sofort eingestellt worden und muß der größte Teil des gesamten Selbstverfahrens eingestellt werden, wenn nicht bis Mitte dieses Jahres die Sicherheit gegeben ist, daß aus den Beitragseinnahmen des Selbstverfahrens weiter herangezogen werden kann.

Es geht nicht an, jetzt, wo der Gesundheitszustand des Volkes so schlecht ist wie nie zuvor, heranzuziehen zur Ausführung von Zwangsleistungen. Es muß sofort dafür gesorgt werden, daß die Versicherungssträger die zur Erhaltung und zum Ausbau des Selbstverfahrens notwendigen Mittel in die Hände bekommen. Deshalb hat der Reichsarbeitsminister die unterzeichneten Verbände aller gewerkschaftlichen Organisationen zum Ausdruck der Arbeitervermittlung so schnell als nur irgendmöglich ein Gesetz vorzubringen, das die Versicherungssträger in den Stand setzt, für die Zwecke des Selbstverfahrens besondere Beiträge zu erheben. Wir bringen für dieses Gesetz in Vorschlag, dem § 1392 R. V. O. als Absatz 2 anzufügen:

Für die Zwecke des Selbstverfahrens sind die Versicherungssträger berechtigt, mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden Zuschläge zu den Beiträgen zu erheben.

Wir bitten, bei der großen Wichtigkeit und Dringlichkeit der Sache, das Erhebungsrecht beschleunigend zu erteilen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Dr. Leipzig.

Vom Ausland

Polen.

Die polnischen Gewerkschaften zählten Ende 1919 nach dem Bericht der Zentralkommission (Klasowoch zwiazku zawodowe) 333 735 Mitglieder, in dieser Kommission vertreten waren. Im Jahre 1920 stieg die Zahl der Mitglieder auf 506 000. Davon entfielen auf Kongresspolen 322 000, auf Galizien 156 000, auf das ehemalige preussische Gebiet 28 000 Mitglieder. Nach dem Ausweis der Gewerkschaftszentrale zählen die einzelnen Verbände Mitglieder:

Landarbeiter	110 800
Metallarbeiter	89 100
Textilarbeiter	74 900
Bergarbeiter	68 300
Maurer	36 400
Holzarbeiter	12 400
Chemische Arbeiter	9 100
Hilfsarbeiter	6 600
Gastmützgehilfen	6 600
Zuckerfabrikarbeiter	5 600
Häutearbeiter	5 600
Kürschner	5 600
Textilwebungsangestellte	5 100
Buchdrucker	4 600
Schneider	4 600
Glasarbeiter	4 100
Schiffner	3 000
Papierarbeiter	2 000
Nichtzentralisierte Ortsverbände	51 000

Außer diesen Mitgliedern der polnischen Gewerkschaftszentrale zählen nach der behördlichen Statistik die nationalpolnischen Verbände 436 000 Mitglieder und die christlichen Verbände 50 000 Mitglieder.

Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wenden man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werk angezeigten Verleger oder an eine Buchhandlung.)

Ein Handbuch für Betriebsräte von Rudolf Wed, Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr., ist jenen in der Buchhandlung der Verlagsgenossenschaft "Freiheit" in Berlin E. 2 erschienen. Nachdem von Arbeitgeberseite die Beschneidung der Schlichtungsausschüsse und Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in Betriebsrätefragen bereits lauten aufkommensmäßig wird und die Arbeitgeberverbände mit diesem Material regelmäßig versehen werden, war die Herausgabe eines Handbuches für Betriebsräte, also für die Arbeitnehmer unbedingt notwendig. Das Buch enthält eine nach Paragraphen geordnete Wiebergabe der bisherigen Rechtsprechung und Literatur zum Betriebsratsgesetz, wie auch das Betriebsbilanzgesetz. Die Verordnung gegen Betriebsabbrüche, die wichtigsten Entscheidungen zu § 12 der Verordnung vom 12. Februar 1920 bilden eine notwendige Ergänzung der Kommentare. Das Betriebsratsgesetz wird, wie jedes andere Gesetz, erst heute durch seine Anwendung. Die Anwendung und Auslegung ist heute ebenso lebhaft umstritten wie es einst das Gesetz selbst war. Erst aus der Erlebung der aus dem Betriebsratsgesetz entstehenden Streitfälle wird sich ein Bild von der Bedeutung dieser Paragraphen für die Arbeiterklasse und von der Wichtigkeit der Ausübung des Gesetzes ergeben. Wer mit dem Gesetz umgeht, muß daher wissen, wie die Auslegung der Paragraphen von den Schlichtungsorganisations erfolgt. Darum ist die Kenntnis aller entscheidenden Entscheidungen der Körperschaften und aller wichtigen Gesetzesauslegungen in der Literatur notwendig für Betriebsräte, Obmänner, Gewerkschaftsfunktionäre und Vertreter von Schlichtungsausschüssen. An Betriebsräte, Obmänner, Gewerkschaften, Organisationen, Sekretariate der Verlage, die Handbuch zum Preise von 10 M. (im Buchhandel kostet es 15 M. zuzüglich Steuerzuschlag). Bestellungen richten man sofort an die Buchhandlung "Freiheit", Berlin E. 2, Breitestr. 8/9.

Wünsche und Erfahrungen für den kleinen Tabakpflanzer von Chemiker Heber, Stuttgart. Selbstverlag, Gaisburgstraße 29. Preis 6,80 M. — Das leichtverständliche und inhaltreiche Buch: "Wünsche und Erfahrungen für den kleinen Tabakpflanzer" von Tabakchemiker Heber, Stuttgart, bespricht zum erstenmal das Tabakpflanzenverfahren, wodurch einzig und allein eine sachgemäße Fermentierung (Gärung) selbst kleinster Tabakmengen in kurzer Zeit von 8 bis 10 Tagen zu einer wohlschmeckenden Rauchware mit guter Waidmülligkeit, leichter Glümmfähigkeit, duftigem Aroma und weinlicher Verbilligung um das acht- bis zehnfache der heutigen Tabakpreise ermöglicht wird. Die antiken Tabakpflanzmethoden und Laufenden von Kleinpflanzern aller Stände haben das Tabakpflanzenverfahren erprobt und glänzend beurteilt. Tabakchemiker Heber geht in seinem Buch eingehend auf die Beschreibung der wichtigsten Fragen des Kleintabakpflanzens ein. Ausfaat, Gießen, Düngung, Behandlung während des Wachstums, Ernte, Trocknen, Fermentieren, Herstellung von Pfeifen- und Zigarettentabak, Zigarren, Schälfrüßbekämpfung und das, was der Kleinpflanzer über die Tabaksteuer wissen muß, sind eingehend erläutert. Wer Tabak für seinen eigenen Bedarf bauen will, muß sich gerade dieses Buch anschaffen.

Leopold. Ihre Grundlagen zum Verständnis für alle den Standpunkt technisch-wirtschaftlichen Denkens dargestellt von Prof. Dr. Fred Freund. Preis 10,80 M. Verlagsbuchhandlung G. A. Ludwig Degener, Leipzig.

Julian Borghardt: Das Papiergeld in der Revolution 1767 ff. 1920. Herausgegeben von der Gesellschaft "Ruffian und Werben". "Der Stern"-Verlag, Berlin W. 57. 2,50 M.

Verbands-Anzeigen

Angestellte gesucht.

Gildesheim. Als Geschäftsführer wurde der Kollege Franz Eger (Gildesheim) gewählt. Allen anb. Gemeindefreien besten Dank.

Reinhold. Richter Beamter für Station und Verwaltung gesucht. Fünfjährige Mitgliedschaft und rednerische Fähigkeit Bedingung.

Bewerben mit selbstgeschriebenen Lebenslauf sind bis spätestens 22. Juli mit der Aufschrift "Bewerbung" an Paul Sillat, Sägereistraße 20, I. zu richten.

Zroffingen (Schwarzwald). Als Geschäftsführer wurde Kollege Galm (Stuttgart) gewählt. Allen anderen Bewerbern besten Dank.

Sonstige Anzeigen

Zuschreibern betr. die Arbeiterzeitschriften sind niemals an die Redaktionen, sondern an die Verleger zu schreiben, bei Verlegern sind sie an den Verlag zu schreiben.

Metallformer, tüchtige, für optischen mechanischen Geschäft, stellen ein.

Lieberg & Comp., Kommandit-Gesellschaft. Adl. Metallgeschäft, Kuffel-Vertriebshaus.

Suchen für unsere Kesselschmiede je 4 tüchtige **Kesselschmiede und Stemmer** sowie einen **Winkelschmied** und einen **Feuerschweisser**. **Bresdner Maschinenfabrik u. Schiffswerft Uebigau, A.-G., Bresden-Uebigau.**

Kesselschmiede für Dauerbeschäftigung zu sofortigem Eintritt gesucht.

Maschinenfabrik Gierer, A.-G., Altdorf-Bayern.

Druck und Verlag von Alexander Schöde & Co., Buchdruckerei und Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, Rörichstraße 16 B.